

Gerling Informationen für wirtschaftsprüfende, rechts- und steuerberatende Berufe

INHALT:	Editorial	Seite 288
	GI Aktuell	Seite 288
	GI Leitsätze	Seite 290, 304
	Anwaltshaftung Gerichtsfehler / Hinweis des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG, Beschl. v. 12.8.2002 - 1 BvR 399/02)	Seite 291
	Steuerberaterhaftung Verjährungsbeginn / Gleichartiger Fehler in Folgejahren / Sekundäranspruch / Anlass zur Prüfung der Vorjahresberatung (OLG Düsseldorf, Urt. v. 30.11.2001 - 23 U 18/01)	Seite 293
	Notarhaftung Hinweispflicht / Entwurf vorab an Parteien (OLG Köln, Urt. v. 26.7.2001 - 7 U 31/01)	Seite 297
	Steuerberaterhaftung Belehrungspflichten / Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter / Überschuldung / Richtige Bilanz (OLG Köln, Urt. v. 23.5.2000 - 22 U 218/99)	Seite 298
	Prozessvergleich Unwirksamkeit / Geschäftsgrundlage (LG Köln, Urt. v. 13.6.2002 - 15 O 528/01)	Seite 303
	GI Hinweis	Seite 304
	Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis	Seite 305



Editorial

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

das **Bundesverfassungsgericht** räumt mit dem verbreiteten Vorurteil auf, der Anwalt habe grundsätzlich für Fehler des Gerichts einzustehen, weil er haftpflichtversichert sei. Es gibt keinen Auffangtatbestand der Anwaltshaftung für Gerichtsfehler, die im Instanzenzug nicht zu korrigieren sind.

Sekundärhaftung des Steuerberaters: Zum Anlass für die Pflicht zur Belehrung des Mandanten über Fehler in den eigenen Arbeiten und die Verjährungsvorschrift entscheidet das OLG Düsseldorf, dass bei gleichartigen Fortsetzungsfehlern jede neue Steuererklärung Anlass zur Prüfung und Belehrung ist. Empfiehlt der Steuerberater einem nicht gewerblich tätigen Ingenieur, sich ins Gewerberegister eintragen zu lassen, und fertigt er anschließend in mehreren Jahren Gewerbesteuererklärungen, begeht er dabei jedes Jahr eine neue Pflichtverletzung, wenn er über seine fehlerhafte Beratung zur Gewerbesteuerpflicht und die Verjährung von Schadenersatzansprüchen nicht belehrt. Diese löst die Sekundärhaftung und die Verlängerung der Verjährungsfrist aus.

Notarhaftung: Das OLG Köln weist zu Recht darauf hin, dass der vom Notar vorab den Parteien übersandte Entwurf mit dem verlesenen Text übereinstimmen muss. Wird er verändert, trifft ihn bei der Beurkundung eine Belehrungspflicht.

Auskunftsvertrag des Steuerberaters gegenüber dem Erwerber von Gesellschaftsanteilen: Ein stillschweigender Vertragsschluss ist gegeben, wenn der Steuerberater der GmbH dem Beteiligungsinteressenten die von ihm erstellte Bilanz oder sonstige Unterlagen übersendet und ihm erkennbar ist, dass diese von erheblicher Bedeutung für anstehende Entschlüsse sind. Im konkreten Fall war die Unterbilanz offen und richtig ausgewiesen. Damit war den Beteiligungsinteressenten ohne weiteres erkennbar, dass Darlehen erforderlich waren, um die Liquidität zu erhalten (OLG Köln).

Ihnen, Ihren Familien und Freunden geruhsame Weihnachtstage und für 2003 eine stabile Gesundheit und viel Glück.



Mit freundlichen Grüßen
Ihr Dr. Jürgen Gräfe

GI Aktuell

BGH: Zur Inanspruchnahme von Kindern auf Zahlung von Unterhalt für ihre Eltern

Der u.a. für Familiensachen zuständige XII. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs hatte sich mit der Frage zu befassen, **in welchem Umfang Kinder zu Unterhaltsleistungen für ihre betagten Eltern herangezogen werden können.**

Der Senat hatte vor ca. zehn Jahren über eine ähnliche Fallgestaltung zu entscheiden, die allerdings in seiner Rechtsprechung ein Einzelfall blieb, weil der so genannte Aszendentenunterhalt damals normalerweise nicht Gegenstand eines Revisionsverfahrens werden konnte. Seit der Erweiterung des Zuständigkeitskatalogs der Familiengerichte durch die Kindschaftsrechtsreform 1998 ist auch der Verwandtenunterhalt in aufsteigender Linie Familiensache und damit revisibel geworden.

Die steigenden Heim- und Pflegekosten einerseits und die Finanznot der Sozialhilfeträger andererseits haben zu einem Anstieg von solchen Unterhaltsverfahren geführt. **Dabei ist festzustellen, dass die Klagen in der Mehrzahl der beim Senat anhängigen Verfahren nicht von den Eltern gegen ihre Kinder, sondern von den Sozialhilfeträgern aufgrund übergegangener Unterhaltsansprüche erhoben worden sind,** und zwar mitunter erst geraume Zeit nach den Sozialhilfeleistungen.

Das war auch in dem vorliegenden Rechtsstreit der Fall. Der klagende Landkreis hat den Beklagten auf Zahlung von Unterhalt für seine Eltern in Höhe von rund 83.000 DM in Anspruch genommen. Diese hatten ab 1990 in einem Altenheim gelebt. Bis Ende Januar 1995 reichten ihre Einkünfte und ihr Vermögen zur Bestreitung der Heimkosten aus, ab Februar 1995 bezogen sie ergänzende Sozialhilfe. Der Landkreis teilte dies dem Beklagten im März 1995 durch so genannte Rechtswahrungsanzeige mit und forderte ihn zur Auskunftserteilung über seine Einkommens- und Vermögensverhältnisse auf. Dem Begehren kam der Beklagte im Mai 1995 nach.

Etwa zwei Jahre später, im April 1997, ersuchte die Behörde erneut um Auskunft, die der Beklagte im Mai 1997 ordnungsgemäß erteilte. Im Juli 1997 gab der Landkreis ihm die Höhe des verlangten Unterhalts bekannt und leitete im November 1997 ein Mahnverfahren ein.

Der ledige Beklagte verfügt über ein Renteneinkommen von ca. 3.800 DM sowie über Einkünfte aus einem Kapitalvermögen von ca. 300.000 DM und – zeitweise – aus der Vermietung einer Eigentumswohnung. Insgesamt lagen seine Einkünfte zwischen rund 5.100 DM und 4.700 DM monatlich.

Das Amtsgericht hat die Klage insgesamt wegen Verwirkung abgewiesen. Das Oberlandesgericht hat demgegenüber eine Verwirkung verneint und der Klage überwiegend stattgegeben. Dabei hat es den dem Beklagten zu belassenden Selbstbehalt mit 2.200 DM monatlich bemessen und angenommen, er habe für die Heimkosten seiner Eltern rund 2.900 DM bzw. rund 2.500 DM monatlich zu zahlen. Den restlichen ungedeckten Bedarf von ca. 22.000 DM könne er aus seinem Vermögen aufbringen.

Die Revision des Beklagten führte zur Abweisung der Klage wegen eines (weiteren) Betrages von rund 16.000 DM und im Übrigen zur Zurückverweisung der Sache an das Oberlandesgericht. Der XII. Zivilsenat hat im Gegensatz zum Oberlandesgericht entschieden, dass die Unterhaltsansprüche für den Vater insgesamt und für die Mutter teilweise verwirkt seien. Der Beklagte habe angesichts der seit der Rechtswahrungsanzeige von März 1995 an verstrichenen Zeit unter Berücksichtigung der vorliegenden Umstände darauf vertrauen können, dass er nicht mehr uneingeschränkt in Anspruch genommen werde.

Außerdem sei der dem Unterhaltsverpflichteten gemäß § 1603 Abs. 1 BGB zu belassende angemessene Selbstbehalt nach der dem Einkommen, Vermögen und sozialen Rang entsprechenden Lebensstellung des Verpflichteten zu bemessen und umfasse dessen gesamten Lebensbedarf einschließlich einer angemessenen Altersversorgung.

Eine **spürbare und dauerhafte Senkung** seines berufs- und einkommenstypischen Unterhaltsniveaus brauche der Unterhaltsverpflichtete jedenfalls insoweit **nicht hinzunehmen**, als er nicht einen nach den Verhältnissen unangemessenen Aufwand betreibe oder ein Leben im Luxus führe.

Da das Berufungsgericht den Bedarf des Beklagten danach nicht rechtsfehlerfrei ermittelt hat, konnte die Entscheidung auch insoweit keinen Bestand haben, als die Unterhaltsansprüche nicht bereits verwirkt sind.

Wegen des **eventuell noch aus dem Vermögen aufzubringenden Unterhalts** hat der XII. Zivilsenat die Auffassung des Berufungsgerichts indessen im Grundsatz gebilligt. Denn insoweit kann es sich allenfalls noch um einen relativ geringen Betrag handeln, so dass es dem Beklagten zugemutet werden kann, auf sein Kapitalvermögen zurückzugreifen.

(BGH, Urt. v. 23.10.2002 – XII ZR 266/99)

Pressemitteilung d. BGH v. 24.10.2002

BGH: Zur Abwicklung widerrufenen Realkreditverträge

Der u.a. für das Bankrecht zuständige XI. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs hat zu Rechtsfragen Stellung genommen, die für die Rückabwicklung (§ 3 Abs. 1 HWiG in der bis zum 30.9.2000 geltenden Fassung) widerrufenen Grundpfandkreditverträge bedeutsam sind.

Wie der Bundesgerichtshof (BGH) im Anschluss an eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs vom 13.12.2000 (C-481/99) mit Urteil vom 9.4.2002 (XI ZR 91/99) entschieden hat, können auch **aufgrund einer Haustürsituation geschlossene Grundpfandkreditverträge grundsätzlich unbefristet widerrufen werden**, wenn **keine ordnungsgemäße Widerrufsbelehrung** nach dem Haustürwiderrufgesetz erfolgt ist.

In dem jetzigen Rechtsstreit verlangen die Kläger von der beklagten Bank, die ihnen die Beteiligung an einem geschlossenen Immobilienfonds finanziert hatte, nach Widerruf des Realkreditvertrages die Erstattung erbrachter Zins- und Tilgungsleistungen in Höhe von 16.007,88 DM. Landgericht und Oberlandesgericht haben die Klage abgewiesen. Auf die Revision der Kläger hat der BGH nach den Grundsätzen seines Urteils vom 9.4.2002 das Berufungsurteil aufgehoben. Er hat die Sache zur anderweiten Verhandlung und Entscheidung an das Berufungsgericht zurückverwiesen, da es hinsichtlich des von den Klägern geltend gemachten Anspruchs aus § 3 HWiG a.F. noch weiterer Feststellungen zur Höhe der Klageforderung und zu den Gegenforderungen der Beklagten bedarf. Der BGH hat ausgeführt:

Im Falle des wirksamen Widerrufs des Darlehensvertrages seien die Parteien jeweils verpflichtet, dem anderen Teil **die empfangenen Leistungen zurückzugewähren und zu verzinsen**.

Die Kläger hätten mithin Anspruch auf Erstattung der von ihnen auf das Darlehen erbrachten Zins- und Tilgungsleistungen und auf marktübliche Verzinsung dieser der Beklagten zur Nutzung zur Verfügung gestellten Beträge.

Die beklagte Bank habe ihrerseits gegen die Kläger Anspruch auf Erstattung des ausgezahlten Nettokreditbetrages und dessen marktübliche Verzinsung. Diesen Betrag hätten die Kläger zweckbestimmt zum Erwerb der Fondsanteile als Leistung i.S.d. § 3 Abs. 1 Satz 1 HWiG a.F. empfangen, auch wenn er ihnen nicht unmittelbar zugeflossen, sondern von der Beklagten weisungsgemäß auf ein Anderkonto ihres Treuhänders überwiesen worden sei.

Eine andere Beurteilung sei nur dann geboten, wenn es sich bei dem von den Parteien geschlossenen Darlehensvertrag und dem finanzierten Geschäft um ein **so genanntes verbundenes Geschäft** i.S.v. § 9 VerbrKrG a.F. handeln würde mit der Folge, dass der Widerruf des Darlehensvertrages zugleich auch der Wirksamkeit des finanzierten Geschäfts entgegenstehe. Auf einen Realkreditvertrag wie hier sei aber § 9 VerbrKrG a.F. schon gemäß § 3 Abs. 2 Nr. 2 VerbrKrG nicht anzuwenden.
(BGH, Urt. v. 12.11.2002 - XI ZR 47/01)

Pressemitteilung d. BGH v. 12.11.2002

BFH: Vermögen volljähriger behinderter Kinder beeinträchtigt Kindergeld nicht

Nach § 32 Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 des Einkommensteuergesetzes werden beim Kindergeld auch Kinder berücksichtigt, die wegen körperlicher, geistiger oder seelischer Behinderung außerstande sind, sich selbst zu unterhalten, sofern die Behinderung vor Vollendung des 27. Lebensjahres eingetreten ist.

Mit Urteilen vom 19.8.2002 - VIII R 17/02 und VIII R 51/01 hat der Bundesfinanzhof (BFH) entschieden, dass das Vermögen solcher Kinder bei der Frage, ob diese außerstande sind, sich selbst zu unterhalten, nicht zu berücksichtigen ist. Das gilt gleichermaßen für volljährige behinderte Kinder vor und auch nach Vollendung des 27. Lebensjahres.

Die BFH-Entscheidungen betrafen volljährige Kinder mit einer Behinderung von 100 % und Wertpapiervermögen von ca. 100.000 DM, ohne dass die daraus erzielten Einkünfte zur Deckung

des Lebensbedarfs ausreichten. Die Familienkasse hob die Kindergeldfestsetzung auf, da zunächst das 30.000 DM übersteigende Vermögen der Kinder zu verwerten sei.

Der BFH ist dem nicht gefolgt. Der Gesetzgeber habe bezweckt, dass alle Berücksichtigungstatbestände in gleicher Weise der einkommensteuerlichen Freistellung des Existenzminimums der Kinder dienen und dieser Belastungssituation durch eine am Existenzminimum eines Alleinstehenden orientierte Einkünfte- und Bezügegenze typisierend Rechnung getragen. **Wenn sich der Gesetzgeber bei der Beurteilung der Leistungsfähigkeit nicht behinderter Kinder - abweichend von der zivilrechtlichen Rechtslage - dafür entschieden habe, das Kindesvermögen außer Betracht zu lassen, müsse das auch für behinderte Kinder gelten.**
(BFH, Urt. v. 19.8.2002 - VIII R 17/02 u. 51/01)

Pressemitteilung d. BFH v. 6.11.2002

GI Leitsatz

Notarhaftung/Verjährungsbeginn/ Rangverschlechterung

Ist infolge eines Notarfehlers die dingliche Belastung eines Grundstücks (hier: Reallast) mit einem schlechteren Rang in das Grundbuch eingetragen worden, so beginnt die Verjährung des Schadenersatzanspruchs gegen den Notar gemäß § 19 Abs. 1 Satz 3 BNotO i.V.m. §§ 839, 852 BGB dann zu laufen, wenn der Grundpfandrechtsinhaber bzw. sein anwaltlicher Vertreter davon Kenntnis erlangt, dass das nachrangig eingetragene dingliche Recht wirtschaftlich nahezu wertlos ist, weil es wegen der vorrangigen Belastungen bei einer Verwertung des Grundstücks mit hoher Wahrscheinlichkeit ausfallen wird. Die Chance, dass die bevorrechtigten Grundpfandrechte nicht vollständig valutieren oder im Zwangsversteigerungsverfahren nicht vollen Umfangs geltend gemacht werden, lässt den Eintritt des Schadens nicht entfallen und steht daher dem Beginn der Verjährungsfrist nicht entgegen. Haftet der Notar nur subsidiär, so setzt der Verjährungsbeginn des Weiteren voraus, dass der gesicherte schuldrechtliche Anspruch nicht mehr bedient wird und damit die anderweitige Ersatzmöglichkeit i.S.d. § 19 Abs. 1 Satz 2 BNotO entfällt.
(OLG Hamburg, Urt. v. 15.2.2002 - 1 U 73/00, OLG-Report 2002, 290)

Anwaltshaftung

- Gerichtsfehler
- Hinweis des Bundesverfassungsgerichts
(BVerfG, Beschl. v. 12.8.2002 - 1 BvR 399/02)

Leitsätze (d. Red.):

1. Anwälte haften nicht ersatzweise für Fehler des Gerichts, nur weil sie haftpflichtversichert sind.
2. Fehler des Gerichts sind im Instanzenzug zu korrigieren.

Aus den Gründen:

I.

Die Verfassungsbeschwerde betrifft ein Urteil des Bundesgerichtshofs, durch welches der Beschwerdeführer dem Grunde nach wegen Anwaltsverschuldens zum Schadenersatz verurteilt wurde.

1. Der Beschwerdeführer, ein Rechtsanwalt, vertrat in einem Ehescheidungsverfahren den Kläger des Ausgangsverfahrens. Im Verhandlungstermin wurde in den – im Übrigen vorformulierten – Vergleichstext noch folgende Regelung aufgenommen:

„Im Falle einer wesentlichen Veränderung der derzeitigen Einkommensverhältnisse, insbesondere auch bei einem Wechsel der Steuerklasse des Ehemannes, soll eine Abänderung dieses Vergleichs möglich sein, wobei die Abänderung unabhängig von diesem Vergleich nach der dann gegebenen Sach- und Rechtslage erfolgen soll.“

Trotz erfolgten Steuerklassenwechsels erreichte der Beschwerdeführer für den Kläger mit der Abänderungsklage nichts. Auch waren mehrere **Anträge auf Einstellung der Zwangsvollstreckung erfolglos, da das Amtsgericht im Hinblick auf § 323 ZPO eine wesentliche Änderung für erforderlich, aber nicht dargelegt hielt.** Die Abänderungsklage wurde vom Amtsgericht ebenfalls mit dieser Begründung abgewiesen. Das Urteil wurde rechtskräftig. Der Beschwerdeführer wies den Kläger zwar auf die Möglichkeit der Berufung hin, führte zu deren Erfolgsaussichten aber nichts aus.

2. Im Ausgangsverfahren nahm der Kläger den Beschwerdeführer mit der Behauptung, dieser habe einen unklaren gerichtlichen Vergleich

abgeschlossen und ihn in dem späteren Abänderungsprozess unzulänglich beraten, auf Ersatz des entstandenen und künftigen Schadens in Form überhöhter Unterhaltsverpflichtungen in Anspruch.

Das Landgericht gab der Klage dem Grunde nach statt. Es wurde durch das angegriffene Urteil in der Revisionsinstanz bestätigt. Zur Begründung führte der Bundesgerichtshof aus, dass der Beschwerdeführer seine anwaltlichen Pflichten sowohl im Zusammenhang mit der Protokollierung des Unterhaltsvergleichs als auch im späteren Abänderungsprozess verletzt habe. Er sei für die unklare Formulierung des Vergleichs verantwortlich. Denn zwischen den Eheleuten habe Einigkeit bestanden, dass der bevorstehende Wechsel der Steuerklasse beim Kläger unabhängig von dem Ausmaß der dadurch bewirkten Minderung des Nettoeinkommens zu einer Neuberechnung der Unterhaltsleistungen hätte führen sollen.

Das komme im Vergleich nicht deutlich genug zum Ausdruck. Allerdings habe das Familiengericht rechtsfehlerhaft die Zeugen nicht vernommen, die zum Beweis des von den Ehegatten wirklich Gewollten, also zur Behebung der Unklarheiten, benannt worden seien. Indessen habe es der Beschwerdeführer auch versäumt, das Gericht darauf hinzuweisen, dass nach gefestigter höchstrichterlicher Rechtsprechung § 323 Abs. 1 bis 3 ZPO auf Prozessvergleiche nicht anwendbar sei. Mit einem solchen Hinweis hätte der Beschwerdeführer den Schadeneintritt ebenfalls vermeiden können. Ferner sei er verpflichtet gewesen, den Kläger auch über die Erfolgsaussichten einer Berufung zu belehren.

Die Pflichtverletzungen des Beschwerdeführers seien für den Eintritt des Schadens ursächlich geworden. Bei unmissverständlicher Formulierung des Prozessvergleichs und dem Hinweis gegenüber dem Familiengericht auf die Unanwendbarkeit von § 323 Abs. 1 bis 3 ZPO hätte der Abänderungsklage stattgegeben werden müssen. Soweit es um die unterlassene Beratung über die Erfolgsaussichten einer Berufung gehe, sei nach dem Grundsatz des beratungsgemäßen Verhaltens davon auszugehen, dass der Kläger sich zur Rechtsmitteleinlegung entschlossen hätte.

3. Mit der Verfassungsbeschwerde rügt der Beschwerdeführer u.a. die Verletzung von Art. 3 Abs. 1, Art. 12 Abs. 1 und Art. 20 Abs. 2 und 3 GG. Es sei willkürlich, ihm Fehler anzulasten,

die allein vom Gericht zu vertreten seien. Der Bundesgerichtshof verschärfe die Anwaltshaftung und verlasse damit den Boden des Gesetzes. Von einem Rechtsanwalt könne nicht verlangt werden, dass er mehr Rechtskenntnisse besitze als der den Rechtsstreit entscheidende Richter. Auch sei er nicht verpflichtet gewesen, seinen Mandanten umfassend über die Aussichten eines Rechtsmittels zu beraten.

II.

Die Voraussetzungen für die Annahme der Verfassungsbeschwerde (§ 93a Abs. 2 BVerfGG) liegen nicht vor.

1. Die Verfassungsbeschwerde hat keine grundsätzliche verfassungsrechtliche Bedeutung (§ 93a Abs. 2 Buchstabe a BVerfGG).

In der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ist geklärt, dass die anwaltliche Berufsausübung durch den Grundsatz der freien Advokatur gekennzeichnet ist, der einer staatlichen Kontrolle und Bevormundung grundsätzlich entgegensteht (vgl. BVerfGE 50, 16, 29; 76, 171, 188). Ferner sind die Grenzen richterlicher Rechtsfortbildung geklärt und ist entschieden, inwieweit Auslegung und Anwendung des Gesetzesrechts durch die Fachgerichte verfassungsrechtlich überprüft werden können (vgl. BVerfGE 85, 248, 257 f; 96, 375, 394).

2. Die Annahme ist auch nicht zur Durchsetzung von Grundrechten oder grundrechtsgleichen Rechten angezeigt (§ 93a Abs. 2 Buchstabe b BVerfGG). Die angegriffene Entscheidung ist mit dem Grundgesetz vereinbar.

a) Der Schutzbereich von Art. 12 Abs. 1 GG ist berührt, da das angegriffene Urteil dem Beschwerdeführer die Verletzung spezifischer beruflicher Verpflichtungen vorwirft, deren Umfang die Verfassungsbeschwerde mit verfassungsrechtlichen Argumenten bestreitet.

b) Gemessen an den vom Bundesverfassungsgericht entwickelten Grundsätzen zur Überprüfbarkeit fachgerichtlicher Entscheidungen (vgl. BVerfGE 85, 248, 257 f) verstößt das angegriffene Urteil weder gegen das Willkürverbot noch enthält es Auslegungsfehler, die auf einer grundsätzlich unrichtigen Anschauung von der Bedeutung der Berufsausübungsfreiheit, insbesondere vom Umfang ihres Schutzbereichs, beruhen. Es überschreitet auch nicht die Grenzen richterlicher Rechtsfortbildung.

aa) Verfassungsrechtlich bedenklich ist allerdings die Auffassung des Bundesgerichtshofs, dass rechtsfehlerhaftes Unterlassen eines Gerichts, das die Folgen eines anwaltlichen Fehlers perpetuiert, obwohl ihr Eintritt durch prozessordnungsgemäße Beweisaufnahme hätte verhindert werden können, haftungsrechtlich unbeachtlich ist. Vorliegend hätte sich dem Bundesgerichtshof die Frage aufdrängen müssen, ob in die Berufsausübungsfreiheit eines Rechtsanwalts eingegriffen wird, wenn er für eine missverständliche Formulierung haftbar gemacht wird, obwohl sie bei fehlerfreiem Verhalten des Gerichts nicht zum Schadeneintritt geführt hätte.

Auch wenn eine Amtshaftung wegen des Richterprivilegs regelmäßig ausscheidet, legitimiert dies nicht die Haftungsverschiebung zulasten der Rechtsanwälte, ohne in Rechnung zu stellen, dass hierbei deren Grundrechte berührt werden. Auch als „Organe der Rechtspflege“ (§ 1 BRAO) haften die Rechtsanwälte nicht ersatzweise für Fehler der Rechtsprechung, nur weil sie haftpflichtversichert (§ 51 BRAO) sind.

Das Gleiche gilt, soweit der Bundesgerichtshof dem Beschwerdeführer anlastet, **es pflichtwidrig unterlassen zu haben, das Gericht auf dessen falsche Rechtsauffassung im Zusammenhang mit § 323 ZPO hinzuweisen. Auch in diesem Zusammenhang wird die Haftung zulasten des Rechtsanwalts verschoben, ohne den Grundrechtsbezug zu thematisieren.** Rechtskenntnis und -anwendung sind vornehmlich Aufgabe der Gerichte. **Fehler der Richter** sind – soweit möglich – **im Instanzenzug zu korrigieren.** Soweit dies aus Gründen des Prozessrechts ausscheidet, greift grundsätzlich nicht im Sinne eines Auffangtatbestandes die Anwaltshaftung ein.

Kein Rechtsanwalt könnte einem Mandanten mehr zur Anrufung der Gerichte raten, wenn er deren Fehler zu verantworten hätte. Nach der Zivilprozessordnung treffen die Gerichte Hinweis- und Belehrungspflichten. Die Parteien und ihre Anwälte vor dem erstinstanzlichen Familiengericht tragen im Wesentlichen Verantwortung hinsichtlich des unterbreiteten Sachverhalts und der Antragstellung oder – wie hier – bei der Formulierung von Vergleichsverträgen. **Die Gerichte sind verfassungsrechtlich nicht legitimiert, den Rechtsanwälten auf dem Umweg über den Haftungsprozess auch die Verantwortung für die richtige Rechtsanwendung zu überbürden.**

bb) Trotz dieser Bedenken ist die Verfassungsbeschwerde nicht zur Entscheidung anzunehmen, da die weitere Begründung des Bundesgerichtshofs, der Beschwerdeführer habe es pflichtwidrig unterlassen, den Kläger über die Erfolgsaussicht eines Rechtsmittels zu belehren, verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden ist.

Zwar gehört die Beratung über die Erfolgsaussichten einer Berufung gebührenrechtlich nicht zu dem für die Vorinstanz erteilten Mandat. Es ist jedoch nachvollziehbar, dass ein Rechtsanwalt nicht nur auf die Rechtsmittelmöglichkeit und die einzuhaltende Frist hinweisen muss, wenn er eine durch Richterspruch verfestigte ungünstige Rechtsposition seines Mandanten mitverschuldet hat, eine Korrektur des Fehlers im vorgesehenen Instanzenzug aber noch zu erreichen ist. Damit liegt die Fortsetzung des Rechtsstreits auch im eigenen Interesse des Anwalts. (...)

Steuerberaterhaftung

- Verjährungsbeginn
- Gleichartiger Fehler in Folgejahren
- Sekundäranspruch
- Anlass zur Prüfung der Vorjahresberatung
(OLG Düsseldorf, Urt. v. 30.11.2001 - 23 U 18/01)

Leitsätze:

1. Die Verjährung eines vertraglichen Ersatzanspruchs gegen einen Steuerberater, der steuerliche Nachteile seines Mandanten verschuldet hat, beginnt regelmäßig mit der Bekanntgabe des belastenden Steuerbescheids. Ist der Zeitpunkt der Bekanntgabe umstritten, kann er grundsätzlich gemäß § 122 Abs. 2 Nr. 1 AO bestimmt werden. Der Nachweis über den Zeitpunkt der Aufgabe des Steuerbescheids zur Post kann durch amtliche Auskunft geführt werden. Diese ist der Bestimmung des Bekanntgabezeitpunkts zugrunde zu legen, wenn nicht der Steuerpflichtige begründete Zweifel an ihrer Richtigkeit darlegt.

2. Der Steuerberater, der einem freiberuflich tätigen, nach § 18 Abs. 1 Nr. 1 Satz 1 EStG nicht der Gewerbesteuer unterliegenden Ingenieur empfiehlt, seine Tätigkeit als Gewerbe ins Gewerberegister eintragen zu lassen, und für ihn in den folgenden Jahren die Gewerbesteuererklärungen fertigt, begeht alljährlich eine

erneute Pflichtverletzung. Jede weitere Gewerbesteuererklärung führt zur Sekundärhaftung, da sie ausreichender Anlass dafür ist, dass der Steuerberater über seine auf der früheren Pflichtwidrigkeit beruhende Haftung und die Verjährungsvorschrift hätte belehren müssen.

Zum Sachverhalt:

Die freiberuflich tätigen Kläger betreiben seit 1991 in der Rechtsform der GbR ein Ingenieurbüro für gebäudetechnische Ausrüstungsverfahren. Mit ihrer am 10.12.1999 eingereichten Klage nehmen sie den Beklagten auf Schadenersatz in Anspruch, weil er sie im Rahmen seiner steuerberatenden Tätigkeit veranlasst hat, ihre Tätigkeit als Gewerbe in das Gewerberegister der Stadt D. eintragen zu lassen und ihre Einkünfte der Jahre 1992 bis 1997 als Einkünfte aus Gewerbebetrieb zu versteuern, obwohl sie nach § 18 Abs. 1 Nr. 1 Satz 1 EStG nicht der Gewerbesteuer unterlagen.

Das Landgericht hat durch das angefochtene Urteil den Beklagten verurteilt, den Klägern die für die Jahre 1996 und 1997 abgeführte Gewerbesteuer - zzgl. eines Zinsschadens - in Höhe von insgesamt 90.179,75 DM zu erstatten. Die weiter gehenden Ansprüche der Kläger auf Erstattung für die Jahre 1993, 1994 und 1995 gezahlter Gewerbesteuer hat das Landgericht wegen Verjährung abgewiesen. Über das in der Klageschrift angekündigte Feststellungsbegehren hat das Landgericht nicht entschieden.

Mit der Berufung verfolgen die Kläger den abgewiesenen Teil ihres Leistungsantrags in Höhe von insgesamt 59.449 DM (= abgeführte Gewerbesteuer gemäß den Bescheiden vom 25.1.1995 für 1993 in Höhe von 7.362 DM, vom 8.12.1995 für 1994 in Höhe von 15.322 DM und vom 26.11.1996 für 1995 in Höhe von 36.765 DM) sowie ihr Feststellungsbegehren weiter.

Hinsichtlich des Steuerbescheids für 1995 vom 26.11.1996 bestreiten sie dessen Bekanntgabe vor dem 10.12.1996 und darüber hinaus auch dessen Absenden vor dem 7.12.1996. Sie vertreten vorsorglich die Auffassung, die Zugangsfiction des § 122 Abs. 2 Nr. 1 AO sei nicht maßgeblich, außerdem sei die Verjährungseinrede angesichts des Schreibens der vom Beklagten eingeschalteten Versicherung vom 24.11.1999 rechtsmissbräuchlich, schließlich habe der Beklagte in einem Anfang September 1999 geführten Gespräch seine Haftung in verjäh-

rungsunterbrechender Weise anerkannt, als er erklärt habe, er werde für die Schäden im Fall einer Falschberatung in Absprache mit seiner Versicherung eintreten.

Ihr Schadenersatzbegehren betreffend die Jahre 1993 und 1994 stützen die Kläger auf Verletzung von sekundären Pflichten des Beklagten vor Verjährung ihrer primären Schadenersatzansprüche. Sie behaupten, den Beklagten mehrfach, insbesondere am 28.2.1997 und 24.4.1997, konkret auf die Gewerbesteuerproblematik angesprochen zu haben. Im Übrigen meinen sie, dass für den Beklagten jedes Jahr im Zusammenhang mit der Erstellung der Bilanzen und Steuererklärungen von neuem Anlass bestanden habe, ihre, der Kläger, Gewerbesteuerpflicht infrage zu stellen.

Mit ihrem Feststellungsbegehren wollen die Kläger steuerliche Nachteile im Zusammenhang mit dem Erhalt der Schadenersatzleistung des Beklagten und dem damit verbundenen steuerlichen Progressionseffekt im Jahre 2000 bzw. später erfassen.

(Anträge ...)

Der Beklagte hält die Verjährungseinrede und seine erstinstanzliche Behauptung, der Gewerbesteuerbescheid für 1995 sei am Tage seines Datums oder nur wenige Tage später, jedenfalls vor dem 7.12.1996, in den normalen Postlauf des Kassen- und Steueramtes gegeben worden, aufrecht und macht geltend, dass ihm in Bezug auf § 18 EStG jährlich der gleiche Fehler unterlaufen sei und noch im Jahr 1998 das Problem-bewusstsein gefehlt habe. (...)

Die Berufung der Kläger ist zulässig und hat in der Sache teilweise Erfolg.

Aus den Gründen:

I.

Der Beklagte haftet aus positiver Vertragsverletzung, weil er vermeidbare Gewerbesteuerbelastungen der Kläger nicht nur für die Jahre 1996 und 1997 (die Entscheidung des Landgerichts hierüber ist nicht angegriffen worden), sondern auch für die Jahre 1993, 1994 und 1995 verursacht hat. Der hierdurch entstandene Schaden ist unstreitig in Höhe der durch die Gewerbesteuerbescheide festgesetzten Gewerbesteuern entstanden.

Die mit der Möglichkeit der Absetzung der Steuern als Betriebsausgaben verbundene Minderung der Einkommensteuerbelastung wirkt sich nicht schadenmindernd aus, da der Rückempfang der als Werbungskosten abgesetzten Gewerbesteuern nachversteuert werden muss (BGH, NJW-RR 1988, 788 f.). Die mit dem Rückempfang verbundenen Nachteile des einkommensteuerlichen Progressionseffektes sind Gegenstand des beim Landgericht anhängig gebliebenen Feststellungsbegehrens, das im Einverständnis mit dem Beklagten in die zweite Instanz hochgezogen worden ist.

Der durch die Gewerbesteuerfestsetzung für 1995 ausgelöste Schadenersatzanspruch ist gemäß § 68 StBerG verjährt. Der durch die Gewerbesteuerfestsetzungen für 1993 und 1994 entstandene Schadenersatzanspruch ist – betreffend die primären Ansprüche – ebenfalls gemäß § 68 StBerG verjährt. Insoweit ist den Klägern jedoch vor Ablauf der Verjährungsfrist ein Schadenersatzanspruch wegen Verletzung von sekundären Pflichten des Beklagten entstanden, dessen Verjährung rechtzeitig durch Klageeinreichung am 10.12.1999 unterbrochen worden ist (§§ 209 I, 211, 217 BGB, §§ 253 I, 270 III ZPO).

Der bezifferte Schadenersatzanspruch der Kläger ist daher nur in Höhe der abgeführten Gewerbesteuern für 1993 (= 7.362 DM) und für 1994 (= 15.322 DM) und der Feststellungsantrag mit entsprechender Einschränkung begründet.

Zu den umstrittenen Verjährungsfragen im Einzelnen:

1. Ersatz der für 1995 abgeführten Gewerbesteuern

Gemäß § 68 StBerG verjährt der vertragliche Anspruch gegen einen Steuerberater in drei Jahren von dem Zeitpunkt an, in dem der Anspruch entstanden ist. Dieser entsteht regelmäßig nicht erst mit der Bestandskraft oder Unanfechtbarkeit eines Steuerbescheids, sondern bereits dadurch, dass die Finanzbehörde mit seinem Erlass ihren hauptsächlichen Entscheidungsprozess zuungunsten des Steuerpflichtigen abschließt, den öffentlich-rechtlichen Steueranspruch konkretisiert (§§ 37 Abs. 1, 38, 155 Abs. 1 AO) und – gemäß § 218 Abs. 1 AO – die Grundlage für die Verwirklichung dieses Anspruchs schafft (BGH, NJW 1995, 2108, 2109). Die Schaffung dieser Grundlage ist bereits **mit der Bekanntgabe des Steuerbescheids, also mit dessen Zugang** vollendet

(BGH, a.a.O.; OLG Düsseldorf, 13. ZS, GI 2000, 90, 146; Zugehör, Handbuch der Anwaltshaftung, Rdnr. 1199).

Die im Verhältnis zwischen der Finanzbehörde und dem Steuerpflichtigen hierfür maßgebliche Vorschrift des § 122 AO ist auch bei der Bestimmung des Beginns der Verjährungsfrist des § 68 StBerG heranzuziehen, da die hierfür entscheidungserhebliche Entstehung des Vermögensschadens an die Konkretisierung des öffentlich-rechtlichen Steueranspruchs anschließt (BGH u. Zugehör, a.a.O.). **Vor diesem Hintergrund ist es konsequent, auch die Fiktion der Bekanntgabe gemäß § 122 Abs. 2 AO bei einer Übermittlung im Geltungsbereich dieses Gesetzes am dritten Tag nach der Aufgabe zur Post im Regressprozess gegen den Steuerberater gelten zu lassen.** Hiervon geht auch der BGH grundsätzlich aus (BGH, NJW 2000, 2678, 2679).

Zur Klärung des Streits der Parteien über den **Zeitpunkt der Aufgabe zur Post** hat der Senat eine **amtliche Auskunft des Kassen- und Steueramtes D.** eingeholt. Nach dessen schriftlicher Auskunft vom 6.11.2001 wurde der Steuerbescheid vom 26.11.1996 tatsächlich an dem Tag versandt, der als Ausstellungsdatum auf dem Bescheid vermerkt ist. Nach einer telefonisch eingeholten ergänzenden Auskunft beruht diese Erkenntnis nicht auf einem in den Steuerakten festgehaltenen Vermerk (ein solcher fehlt), sondern auf der üblichen Gestaltung des Postabsendeverfahrens, bei dem der Steuerbescheid als Ausstellungsdatum das Datum der Postaufgabe erhielt.

Die von den Klägern gegen diese Auskunft erhobenen Bedenken greifen nicht durch; ihr Schriftsatz vom 16.11.2001 rechtfertigt nicht die Wiedereröffnung der mündlichen Verhandlung.

Nur bei begründeten Zweifeln bleibt der in Regress genommene Steuerberater zum vollen Nachweis des Zeitpunktes des Zugangs des den Vermögensschaden auslösenden Steuerbescheids verpflichtet. Seine Position ist vergleichbar mit der der Finanzbehörde, die sich auf die Fiktion des § 122 Abs. 2 AO beruft. Auch ihr gegenüber sind nur begründete Zweifel am Zugang des Steuerbescheids erheblich (BFH, Beschl. v. 30.6.2000, BFH/NV, 1449; BFH, Urt. v. 24.6.1989, BStBl II, 695).

Solche begründeten Zweifel sind im vorliegenden Fall nicht ersichtlich. Insbesondere liegen keine Anhaltspunkte dafür vor, dass das vom Kassen- und Steueramt D. praktizierte Post-

absendeverfahren keine ausreichende Gewähr dafür bot, dass der Zeitpunkt der tatsächlichen Aufgabe zur Post mit dem auf dem Steuerbescheid vermerkten Ausstellungsdatum übereinstimmte. Erst recht fehlen Anhaltspunkte dafür, dass die Aufgabe zur Post über den 6.12.1996 hinaus verzögert worden ist.

Die Kläger haben den ihnen zugesandten Steuerbescheid nach eigenen Angaben nicht mit einem Eingangsstempel, der Rückschlüsse auf den Zeitpunkt der Aufgabe zur Post zulassen könnte, versehen. Der Umstand, dass der festgesetzte Erhöhungsbetrag erst am 15.1.1997 vom Konto der Kläger abgebucht worden ist, lässt nicht den Schluss auf eine Bekanntgabe nach dem 10.12.1996 zu. Ausweislich der Angaben auf der Rückseite des Steuerbescheids vom 26.11.1996 war der Erhöhungsbetrag erst innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe zu zahlen, bei Anwendung des § 122 Abs. 2 AO also bis zum 30.12.1996.

Es ist also nahe liegend, dass die Finanzbehörde die Abbuchung deshalb erst nach dem 30.12.1996 veranlasst hat, wobei die Verzögerung der Abbuchung um zwei Wochen allein schon durch die Feiertage um die Jahreswende erklärbar ist.

Die Verjährungsfrist des § 68 StBerG begann daher gemäß §§ 122 II Nr. 1, 108 II AO am 30.11.1996 und endete drei Jahre später am 30.11.1999. Sie wurde durch die erst am 10.12.1999 erfolgte Klageeinreichung nicht rechtzeitig unterbrochen.

Die Verjährung ist nicht durch die von den Klägern in ihren Schriftsätzen vom 11.4.2000 und 29.10.2001 geschilderten Äußerungen des Beklagten anlässlich der Besprechung Anfang 1999 in Gegenwart des erstinstanzlichen Prozessbevollmächtigten der Kläger, er, der Beklagte, werde im Fall einer Falschberatung ggf. für die Schäden in Absprache mit seiner Versicherung einzustehen haben, gemäß § 208 BGB unterbrochen worden.

Die Äußerung enthält nicht einmal ein uneingeschränktes Eingeständnis, Steuerberaterfehler begangen zu haben, aber auch keine Zusage, für den Schaden persönlich zu haften, unabhängig davon, ob und in welchem Umfang der Haftpflichtversicherer den Schaden reguliert (zu den Anforderungen an ein die Verjährung unterbrechendes Schuldanerkenntnis: OLG Düsseldorf, 13. ZS, GI 2000, 90 f).

Das Schreiben der Versicherung vom 24.11.1999 hat weder die Hemmung der Verjährung nach § 202 I BGB ausgelöst noch rechtfertigt es den Einwand der unzulässigen Rechtsausübung (§ 242 BGB). Dabei kann unterstellt werden, dass sich der Beklagte das Verhalten seines Versicherers gemäß § 278 BGB zurechnen lassen muss (vgl. BGH, NJW 1981, 2243).

Der Hinweis in dem Schreiben der Versicherung, sie werde weitere Informationen einholen und danach kurzfristig auf die Sache zurückkommen, beinhaltet weder ein Angebot zum Abschluss eines Stillhalteabkommens noch gab es Anlass, darauf zu vertrauen, die Einrede der Verjährung werde nicht erhoben. Es enthält nicht einmal andeutungsweise einen Verzicht auf die Verjährungseinrede und geht mit keinem Wort auf die Berechtigung der Schadenersatzansprüche der Kläger ein.

Der Zweck der Verjährungsregelung des § 68 StBerG gebietet es aber, strenge Maßstäbe anzulegen und den Einwand der unzulässigen Rechtsausübung nur bei einem wirklich groben Verstoß gegen Treu und Glauben durchgreifen zu lassen, **etwa wenn der Verpflichtete den Berechtigten durch sein Verhalten von der rechtzeitigen Klageerhebung abgehalten oder ihn nach objektiven Maßstäben zu der Annahme veranlasst hat, es werde auch ohne Streit eine vollständige Befriedigung seines Anspruchs geben.**

Bloßes Ausweichen, Ablenken oder Schweigen, wie es hier gegeben ist, rechtfertigt nicht das Unwerturteil einer unzulässigen Rechtsausübung (BGH, NJW 1988, 2245, 2247; NJW 2001, 3543, 3545).

Der Beklagte ist schließlich auch nicht unter dem Gesichtspunkt der Sekundärhaftung gehindert, sich auf den Ablauf der Verjährungsfrist für Schäden aus dem Steuerbescheid vom 26.11.1996 zu berufen.

Die Kläger sind nämlich noch vor Ablauf der Verjährungsfrist spätestens ab September 1999 wegen der Haftungsfrage anderweitig durch ihren erstinstanzlichen Prozessbevollmächtigten beraten worden mit der Folge, dass der Beklagte davon ausgehen konnte, die Kläger seien über den Regressanspruch und seine bevorstehende Verjährung rechtzeitig belehrt worden (BGH, NJW 2000, 2678, 2680; NJW 2001, 826 f.).

2. Ersatz der für 1993 und 1994 abgeführten Gewerbesteuern

Insoweit sind zwar die primären Schadenersatzansprüche vor Klageeinreichung verjährt gewesen, denn der Schaden ist Ende Januar 1995 bzw. Mitte Dezember 1995 entstanden und die Dreijahresfrist des § 68 StBerG ist Anfang bzw. Ende 1998 abgelaufen. Der Beklagte hat sich jedoch vor Ablauf der Verjährungsfrist erneut schadenersatzpflichtig gemacht und ist daher unter dem Gesichtspunkt der **Sekundärhaftung** gehindert, sich auf die Verjährung des Regressanspruchs zu berufen.

Ein Steuerberater ist – ebenso wie ein Rechtsanwalt – verpflichtet, den Auftraggeber auf die Möglichkeit einer eigenen Regresshaftung und die dafür geltende Verjährungsfrist hinzuweisen, **wenn sich für ihn vor der Verjährung ein begründeter Anlass zur Überprüfung seiner Tätigkeit ergibt und er erkennt oder bei gehöriger Sorgfalt erkennen muss, dass er durch einen Fehler dem Mandanten Schaden zugefügt hat. Verletzt er diese Pflicht, dann beginnt mit Eintritt der Primärverjährung die dreijährige Verjährungsfrist von neuem zu laufen** (BGH, NJW 1985, 2250, 2251; 1991, 2828, 2830; 2001, 826, 828).

Diese Voraussetzungen sind hier erfüllt. Der Beklagte hatte in der Zeit zwischen dem Entstehen der Schadenersatzansprüche und ihrer Verjährung (1995 bis 1998) **mehrfach begründeten Anlass zur Überprüfung** seiner früheren Empfehlung an die Kläger, ihre Einkünfte als Einkünfte aus Gewerbebetrieb zu versteuern, und hätte seinen Fehler bei gehöriger Sorgfalt erkennen können. **Dieser Anlass ergab sich für ihn schon aufgrund der Bearbeitung der Gewerbesteuererklärungen der Kläger für das nächste und die folgenden Jahre im Rahmen seines Dauermandats, so dass offen bleiben kann, ob die Kläger ihm weiteren konkreten Anlass dadurch gegeben haben, dass sie ihn 1997 ausdrücklich auf die Gewerbesteuerproblematik angesprochen haben.**

Bei alljährlicher Beratung liegen mehrere Verstöße und damit mehrere Schadenfälle vor. Der Beklagte hat es jedes Jahr versäumt, die Anwendbarkeit des § 18 I Nr. 1 EStG auf die freiberuflich tätigen Kläger zu überprüfen. Zwar begründet allein die Pflichtwidrigkeit, die den Regressfall auslöst, nicht zugleich den Sekundäranspruch (BGH, NJW 1985 u. 1991, a.a.O.).

Notarhaftung

Bei der Pflichtwidrigkeit des Beklagten im Zusammenhang mit der Bearbeitung der Steuererklärungen für das nächste und die folgenden Jahre handelt es sich aber nur um eine gleichartige Pflichtwidrigkeit, wie die, die den Regressfall ausgelöst hat, sie ist jedoch mit jener nicht identisch (BGH, NJW 1991, 2830).

Der Beklagte hätte jährlich bei der Vorbereitung der Gewerbesteuererklärung erneut prüfen müssen, ob die Kläger tatsächlich gewerbesteuerpflichtig sind. Diese stets zu wiederholende Prüfung war schon deshalb nicht entbehrlich, weil sich ihm, dem Beklagten, der ebenfalls als Freiberufler tätig war, Zweifel an der Gewerbesteuerpflicht der Kläger geradezu hätten aufdrängen müssen.

Die Perpetuierung des schon 1992 begangenen Fehlers bis in das Jahr 1999 kann ihn nicht entschuldigen (BGH, a.a.O.; Borgmann, NJW 2000, 2953, 2970; so im Ergebnis auch OLG Düsseldorf, 13. ZS, GI 2000, 90 f.). Die Entscheidung des Landgerichts Düsseldorf (GI 2000, 50) steht dem nicht entgegen, da dieser Entscheidung ein Fall zugrunde lag, in dem der Mandant nach fehlerhafter Beratung die Steuererklärungen auf der Grundlage dieser Beratung für die folgenden Jahre ohne Hinzuziehung seines Steuerberaters selbst gefertigt hatte.

Der Beklagte war daher verpflichtet, die Kläger auf seine Haftung wegen der fehlerhaften Steuererklärung für das jeweils vorausgegangene Jahr und die Verjährungsvorschrift hinzuweisen. Weil er diese vertragliche Pflicht nicht innerhalb der noch laufenden Verjährungsfrist erfüllt hat, darf er sich nicht auf die Verjährung der durch die Steuerbescheide vom 25.1.1995 und 8.12.1995 ausgelösten Schadensersatzansprüche der Kläger berufen.

Der Sekundäranspruch unterliegt ebenfalls der Verjährungsregelung des § 68 StBerG. Er entsteht regelmäßig mit der Vollendung der Verjährung des Regressanspruchs und endet drei Jahre später (BGH, NJW 1985, 2252, 2253).

Hier begann die Verjährung des Sekundäranspruchs Ende Januar bzw. Mitte Dezember 1998 und wurde rechtzeitig durch Klageeinreichung am 10.12.1999 unterbrochen.

Dass die Kläger bereits vor Eintritt der Primärverjährung Anwälte mit der Prüfung ihres Regressanspruchs beauftragt hatten, wird nicht behauptet. (...)

- Hinweispflicht
 - Entwurf vorab an Parteien
- (OLG Köln, Urt. v. 26.7.2001 - 7 U 31/01)

Leitsatz (d. Red.):

Die Vertragspartei kann bei der Beurkundung davon ausgehen, dass der Text des ihr vorab übersandten Entwurfs mit dem verlesenen Text übereinstimmt. Auf Abweichungen muss der Notar hinweisen.

Aus den Gründen:

Die Berufung ist zulässig, hat in der Sache aber keinen Erfolg.

Dem angefochtenen Urteil ist sowohl im Ergebnis wie auch in der Begründung beizutreten. Auf die zutreffenden Ausführungen in den Entscheidungsgründen des Urteils wird Bezug genommen (§ 543 Abs. 1 ZPO).

Im Hinblick auf die mit der Berufung angesprochenen Punkte bedarf es nur noch folgender ergänzender Ausführungen:

Der Vorwurf der Klägerin, die Beklagte habe den Entwurf auf die einseitige Anregung des Käufers hin nicht „eigenmächtig“ ändern dürfen, wird dem tatsächlichen – und im Wesentlichen unstreitigen – Verlauf der Beurkundung nicht gerecht. Eine Pflichtverletzung der Beklagten wäre allenfalls dann in Erwägung zu ziehen, wenn der Urkundstext in der Fassung, die er durch die Anregung des Käufers erhalten hatte, nur noch kommentarlos verlesen worden wäre, ohne dass noch ein Gespräch über die Änderung stattgefunden hätte.

Ist einem Beteiligten vor der Beurkundung ein Entwurf übersandt worden, so wird er im Allgemeinen bei der Beurkundung davon ausgehen dürfen, dass der verlesene Text mit dem ihm bekannt gegebenen Entwurf übereinstimmt. Auf Abweichungen, durch die ein Beteiligter „böse überrascht“ werden könnte, wird der Notar hinzuweisen haben.

Ein solcher Fall liegt hier jedoch nicht vor, da der kritische Punkt ausdrücklich erörtert und namentlich auch das Schreiben des Käufers vom 29.6.1999 verlesen wurde. Damit wurde die von der Klägerin für erforderlich gehaltene Vorabinformation praktisch nachgeholt.

Die Tatsache, dass schließlich ein Preis beurkundet wurde, der mit der Vorstellung des Ehemannes der Klägerin nicht übereinstimmte, beruht letztlich auf dessen Unaufmerksamkeit.

In der Klageschrift hat die Klägerin dazu selbst vorgetragen, ihrem Ehemann sei die Klausel, wonach von dem Kaufpreis 5.700 DM auf die mitverkauften Gegenstände und der Rest auf das Wohnungseigentum entfielen, „entgangen“. Wie dies geschehen konnte, obwohl das Schreiben des Käufers verlesen und die Höhe des Kaufpreises nochmals ausdrücklich erörtert wurde, ist nicht nachvollziehbar.

Der Umstand, dass der Ehemann der Klägerin durch das bei der Beurkundung anwesende Kleinkind abgelenkt wurde, kann dabei keine Rolle mehr gespielt haben. Er war nämlich, wie ebenfalls in der Klageschrift vorgetragen worden ist, durch die Verlesung des geänderten Kaufpreises von 162.700 DM „stutzig“ geworden.

Bei dieser Sachlage bestand für die Beklagte kein Anlass mehr, sich Gedanken darüber zu machen, ob der Ehemann der Klägerin die Bedeutung der im Anschluss an die Erörterung vorgenommenen Änderung des Kaufpreises tatsächlich erkannte. Zu weiteren Hinweisen und Belehrungen wäre sie nur dann verpflichtet gewesen, wenn sich aus den Umständen Anhaltspunkte dafür ergeben hätten, dass der Ehemann der Klägerin nicht in der Lage war, die Zusammensetzung des Kaufpreises rechnerisch nachzuvollziehen. Hierfür ist nichts vorgetragen.

Im Übrigen konnte die Klage auch deshalb keinen Erfolg haben, weil der Ehemann der Klägerin noch über eine anderweitige Ersatzmöglichkeit i.S.d. § 19 Abs. 1 Satz 2 BNotO verfügt. Er hat nämlich, wenn das tatsächliche Vorbringen der Klägerin zutrifft, aus dem Kaufvertrag noch einen Anspruch auf Zahlung von 5.700 DM gegen den Käufer. Davon geht offenbar auch die Klägerin selbst aus, da sie vor dem Amtsgericht eine entsprechende Klage erhoben hat. Nach dem Vorbringen der Klägerin steht ihrem Ehemann ein Kaufpreis in Höhe von insgesamt 165.700 DM zu, wovon erst 160.000 DM gezahlt sind.

Der beurkundete Kaufpreis von 160.000 DM entspricht nicht dem Willen der Vertragsparteien (falsa demonstratio). Ein etwaiger Wille des Käufers, statt des vereinbarten den beurkundeten Preis von 160.000 DM zum Inhalt des Vertrages zu machen, wäre als geheimer Vorbehalt unbeachtlich (§ 116 Satz 1 BGB). (...)

Steuerberaterhaftung

- Belehrungspflichten
 - Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter
 - Überschuldung
 - Richtige Bilanz
- (OLG Köln, Urt. v. 23.5.2000 - 22 U 218/99)

Leitsätze:

1. Eine Haftung des Steuerberaters einer GmbH gegenüber dem Erwerber von Geschäftsanteilen der GmbH für Unrichtigkeiten einer von ihm erstellten Bilanz oder sonstiger Unterlagen kommt unter dem Gesichtspunkt eines konkludenten Auskunftsvertrages mit dem Erwerber oder der Verletzung von Schutzpflichten gegenüber dem Erwerber aus dem Steuerberatervertrag nur in Betracht, wenn diese Unterlagen dem Erwerber im Zusammenhang mit den Erwerbsverhandlungen zugeleitet worden sind und er seinen Erwerbsentschluss hierauf gestützt hat.

2. Ein der GmbH gewährtes Gesellschafterdarlehen ist nur in dem Umfang als Kapital ersetzend von der Rückzahlung ausgeschlossen, als an dem betreffenden Stichtag eine Unterdeckung besteht und es daher tatsächlich Eigenkapital ersetzt.

3. Ein Kapital ersetzendes Gesellschafterdarlehen ist wegen der Wirkungen des § 32a GmbHG auch dann nicht in einer Überschuldungsbilanz zu passivieren, wenn eine Rangrücktrittserklärung des Gesellschafters fehlt.

Zum Sachverhalt:

Die Kläger begehren vom Beklagten Schadenersatz in Höhe von je 250.000 DM wegen fehlerhafter Beratung durch den Beklagten bei einem Unternehmenskauf. Der Beklagte ist Steuerberater.

Im Jahre 1995 beabsichtigten die Kläger, die Geschäftsanteile der V.-GmbH zu erwerben. Unternehmensgegenstand der GmbH war das Verlegen von Parkett und sonstiger Fußböden aller Art sowie Teppichreinigung. Die Kläger waren bereits seit Jahren als Bodenleger für das Unternehmen tätig. Der Beklagte war der Steuerberater der GmbH.

Zwischen den Parteien ist streitig, ob zwischen ihnen in Zusammenhang mit dem Kauf der Geschäftsanteile an der GmbH durch die Kläger

ein Beratungsvertrag entsprechend dem von dem Beklagten erstellten „Existenzgründungskonzept“, das das Datum „29.3.1995“ trägt, zustande gekommen ist.

Mit notariellem Vertrag vom 10.1.1996 kauften die Kläger je zur Hälfte von den beiden alleinigen Gesellschaftern die Geschäftsanteile an der V.-GmbH zu einem Kaufpreis von je 25.000 DM. In diesem Geschäftsanteilsvertrag wurden im Rahmen einer Gesellschafterversammlung der Eheleute B. als alleinige Gesellschafter die Aufhebung der Darlehensverträge mit dem Gesellschafter V.B. und die Zahlung eines Betrages an diesen in Höhe von 450.000 DM vereinbart.

Die Kläger erklärten, diesen Betrag neben der GmbH als Gesamtschuldner dem Gesellschafter V.B. zu schulden und unterwarfen sich wegen dieser Verpflichtung der sofortigen Zwangsvollstreckung aus der Urkunde. Der Betrag wurde zurückgezahlt und die Kläger stellten ihrerseits dem Unternehmen ein Gesellschafterdarlehen in Höhe von je 225.000 DM, also insgesamt 450.000 DM zur Verfügung.

Am 15.10.1997 beantragten die Kläger als Geschäftsführer der V.-GmbH beim Amtsgericht die Eröffnung des Konkursverfahrens über das Vermögen der Gesellschaft.

Mit der Klage machen die Kläger gegen den Beklagten Schadenersatzansprüche in Höhe der für den Erwerb der Geschäftsanteile gezahlten Beträge von je 250.000 DM geltend.

Das Landgericht hat die Klage abgewiesen. Die Berufung der Kläger hatte keinen Erfolg.

Aus den Gründen:

Den Klägern steht der geltend gemachte Schadenersatzanspruch weder aus einer positiven Vertragsverletzung eines mit dem Beklagten geschlossenen Beratungsvertrages oder eines mit diesem konkludent geschlossenen Auskunftsvertrages noch aus der Verletzung von den Klägern gegenüber bestehenden Schutzpflichten aus einem Vertrag zwischen der GmbH, deren damaligen Gesellschaftern oder der Kreditgeberin einerseits und dem Beklagten andererseits zu.

1. Ein Beratungsvertrag zwischen den Klägern und dem Beklagten ist nicht geschlossen worden. (...)

Zum Zustandekommen und dem Inhalt des Beratungsvertrages haben die Kläger sich nur auf den Inhalt des „Existenzgründungskonzepts“ und die an sie gerichteten Rechnungen des Beklagten berufen. Der Beklagte hat aber in der Berufungserwiderung im Einzelnen unter Schilderung des zeitlichen Ablaufs nachvollziehbar dargelegt, dass dieses Existenzgründungskonzept nachträglich, nämlich nicht am 29.3.1995, sondern erst am 29.3.1996 und damit nach Abschluss des Anteilsübertragungsvertrages erstellt worden sei. (...)

2. Der Beklagte haftet auch nicht unter dem Gesichtspunkt eines konkludent mit den Klägern geschlossenen Auskunftsvertrages oder aufgrund einer Verletzung von den Klägern gegenüber bestehenden Schutzpflichten aus Verträgen der GmbH, ihres Gesellschafters/ Geschäftsführers B. oder der Kreissparkasse mit dem Beklagten.

a) Eine Haftung des Beklagten unter dem Gesichtspunkt eines **stillschweigend abgeschlossenen Auskunftsvertrages** zwischen den Parteien kommt nach der Rechtsprechung in Betracht, wenn etwa ein Steuerberater schuldhaft eine falsche Auskunft erteilt und ihm erkennbar ist, dass die Auskunft für den Empfänger von erheblicher Bedeutung ist und dieser sie zur Grundlage wesentlicher Entschlüsse oder Maßnahmen machen wird (vgl. Späth, *Die zivilrechtliche Haftung des Steuerberaters* 4. Aufl., Rz. 567 m.w.N.; Gräfe/Lenzen/Schmeer, *Steuerberaterhaftung* 3. Aufl., Rz. 424 f m.w.N.).

Dabei genügt es, wenn der Auskunftgeber weiß, dass seine Auskunft für einen anderen, etwa einen Beteiligungsinteressenten oder Kreditgeber, bestimmt und ihm bewusst ist, welche Bedeutung sie für den auf die Auskunft Vertrauenden hat (Späth, *Die zivilrechtliche Haftung des Steuerberaters* 4. Aufl., Rz. 568.1).

Daneben kommt eine Haftung unter dem Gesichtspunkt des **Vertrages mit Schutzwirkung zugunsten Dritter** in Betracht, wenn eine Person über besondere Sachkunde verfügt, auftragsgemäß ein Gutachten, Testat oder Ähnliches abgibt, das erkennbar zum Gebrauch gegenüber Dritten bestimmt ist und deshalb nach dem Willen des Bestellers, also etwa des Mandanten des Steuerberaters, mit einer entsprechenden Beweiskraft ausgestattet sein soll (BGH v. 26.11.1986 - IVa ZR 86/85, MDR 1987, 477 = NJW 1987, 1758; v. 19.12.1996 - IX ZR 327/95, NJW 1997, 1235; Späth, *Die zivilrechtliche Haftung*

des Steuerberaters 4. Aufl., Rz. 569.1; Gräfe/Lenzen/Schmeer, Steuerberaterhaftung 3. Aufl., Rz. 433 f).

b) Voraussetzung für eine Haftung des Beklagten unter diesen Gesichtspunkten ist jedenfalls, **dass die von den Klägern als unrichtig beanstandeten Unterlagen ihnen tatsächlich in Zusammenhang mit den Kaufverhandlungen zur Verfügung gestellt worden sind, sei es durch den Gesellschafter B., den Beklagten oder die Kreissparkasse, und sie ihre Kaufentscheidung auf die entsprechenden Unterlagen gestützt haben.** Bereits dies ist nicht ersichtlich. (...)

c) Letztlich kann dies dahinstehen. Der Beklagte hat nämlich weder unrichtige Auskünfte erteilt noch im Rahmen der Erstellung der Unterlagen für die Gesellschaft, die Gesellschafter und die Kreissparkasse den Klägern gegenüber bestehende Schutzpflichten verletzt. Nach dem Vorbringen der Kläger ist nämlich **nicht erkennbar, dass die von dem Beklagten erstellten Unterlagen und erteilten Auskünfte unrichtig gewesen wären.**

aa) Unrichtigkeiten der vom Beklagten zum 31.12.1994 erstellten Bilanz der GmbH sind nicht ersichtlich. Dabei **haftet der Beklagte für die Wertansätze in der Bilanz auch nicht uneingeschränkt, sondern entsprechend dem inhaltlich klaren „Abschluss- und Prüfungsvermerk“ nur im Umfang der von ihm vorgenommenen eingeschränkten Prüfung.** (...)

ccc) Zu Unrecht beanstanden die Kläger auch, dass die Unterdeckung des Eigenkapitals und damit die **Unterbilanz** der vom Beklagten aufgestellten Bilanz 1994 nicht zu entnehmen sei. Bereits im Bilanzbericht befindet sich unter „wirtschaftliche Verhältnisse“ der Hinweis, dass das **Eigenkapital „DM - 99.599,24“** betrage. Aus der Darstellung der Passiva ist eindeutig erkennbar, dass das Eigenkapital in Höhe von 50.000 DM durch den Verlustvortrag in Höhe von 174.193,84 DM - unter Abzug des Jahresüberschusses von 24.594,60 DM hiervon - nicht nur aufgezehrt, sondern in Höhe der Differenz negativ war. Dem entspricht der Ausweis in der Bilanz selbst, in dem diese Beträge auf der Passivseite unter „Eigenkapital“ aufgeführt sind.

Die Unterdeckung ist ebenfalls eindeutig dem vom Beklagten erstellten Status per 31.12.1994, den der Beklagte vor Erstellung der Bilanz mit Schreiben vom 7.2.1995 im Auftrag der GmbH an die Kreissparkasse übersandt hatte, zu entnehmen.

Auch dieser Status war den Klägern, die die entsprechenden Unterlagen mit der Klageschrift zum Nachweis der Unrichtigkeit der Angaben des Beklagten zu den Akten gereicht haben, nach ihrem eigenen Vorbringen bekannt.

Der Beklagte musste die Kläger auch **nicht zusätzlich gesondert auf die Unterbilanz und ihre Bedeutung hinweisen.** Gründet sich die mögliche Einbeziehung der Kläger in den Schutzbereich des Vertrages oder die Annahme eines konkludenten Auskunftsvertrages auf die Erstellung und Übergabe der Bilanz an die Gesellschafter B. oder die Kreissparkasse, können zusätzliche Hinweispflichten des Beklagten nur in Betracht kommen, wenn diese Bilanz etwa unrichtig oder unklar war, was nicht der Fall ist.

Dass die Kläger im Übrigen die Bilanz und den Bilanzbericht zu verstehen und zu bewerten nicht in der Lage gewesen wären, brauchte sich dem Beklagten jedenfalls nicht zu erschließen. Die Kläger wollten Gesellschafter und Geschäftsführer der GmbH werden und mussten als solche zumindest wissen, dass bei einer Gesellschaft, bei der die Verlustvorträge auch unter Berücksichtigung des Jahresergebnisses das Eigenkapital übersteigen, eine Unterbilanz besteht und welche Bedeutung dies hat. Aus diesen Gründen brauchte der Beklagte, der zur Beratung der Kläger gerade nicht verpflichtet war, den Klägern auch nicht die Hinzuziehung eines Rechtsanwalts anzuraten.

ddd) Der Beklagte hat in der Bilanz zum 31.12.1994 auch, wie sowohl dem Bilanzbericht als auch dem vom Beklagten erstellten Status per 31.12.1994 zu entnehmen ist, die **Gesellschafterdarlehen des Gesellschafters B. passiviert, nämlich auf der Passivseite aufgeführt.** Nur bei Berücksichtigung dieser Darlehen auf der Passivseite der Bilanz ergaben sich Verbindlichkeiten in der ausgewiesenen Höhe und damit die Unterdeckung des Eigenkapitals.

Der Beklagte war nicht verpflichtet, den Klägern gegenüber auf den Eigenkapital ersetzenden Charakter dieser und der von den Klägern zu gewährenden Darlehen, von dem die Parteien übereinstimmend ausgehen, hinzuweisen und ihnen die entsprechenden rechtlichen Folgen zu erläutern. Wie ausgeführt, war der Beklagte aufgrund etwaiger ihm gegenüber den Klägern obliegenden Schutzpflichten nur insoweit zur Erteilung von Hinweisen an die Kläger verpflichtet, als die Bilanz unrichtig oder unklar war.

Den Klägern war aber aus der Bilanz **ohne weiteres ersichtlich, dass das Eigenkapital der Gesellschaft negativ war, ebenso, dass die Darlehen erforderlich waren, um die Liquidität der Gesellschaft zu erhalten.** Es ist kein nachvollziehbarer Grund ersichtlich, weshalb die Kläger sich sonst zum Zweck der Ablösung des Darlehens des Gesellschafters B. zur Gewährung eines eigenen Darlehens an die Gesellschaft bereit gefunden haben sollten. Wie die Kläger selbst dargelegt haben und sich im Übrigen ohne weiteres ergibt, war die Ablösung der Darlehen des Gesellschafters B. durch Darlehen der Kläger Teil des von diesen zu zahlenden Kaufpreises für die Geschäftsanteile.

Dass nicht etwa der von den Klägern zu zahlende und zu finanzierende Kaufpreis ohne weiteres an die Eheleute B. gezahlt wurde, sondern die Kläger im Ergebnis der Gesellschaft ein Darlehen zur Verfügung stellten und diese sodann die Rückzahlung des Darlehensbetrages an den Gesellschafter B. vornahm, zeigt deutlich, dass die Parteien des Anteilsübertragungsvertrages aufgrund der mangelnden Liquidität der Gesellschaft nicht von der Werthaltigkeit des Darlehensanspruches des Gesellschafters B. ausgingen und die Gewährung der Darlehen durch die Kläger deshalb für erforderlich hielten. Von einer zutreffenden Bewertung dieses Sachverhalts durch die Kläger durfte der Beklagte jedenfalls ausgehen.

Es ist auch nicht plausibel, jedenfalls musste der Beklagte hiervon nicht ausgehen, dass die Kläger etwa meinten, den Kaufpreis in Höhe der abgelösten und übernommenen Darlehen von 450.000 DM sofort durch Fälligkeiten der Darlehen gegenüber der Gesellschaft zurückerlangen zu können. Hierfür reichte nicht nur offensichtlich die Liquidität der Gesellschaft nicht aus, sondern die Kläger hatten auch mit der Gesellschaft einen langfristigen Darlehensvertrag mit monatlichen Rückzahlungsraten in Höhe von 2.500 DM vereinbart. Dass die Rückzahlung der Darlehen, die danach ohnehin auf die vereinbarten Raten beschränkt war, von der entsprechenden Liquidität der Gesellschaft abhing, war den Klägern bekannt, jedenfalls konnte der Beklagte von dieser Kenntnis ausgehen.

Es fehlt darüber hinaus auch an der **Kausalität** des mangelnden Hinweises des Beklagten auf den Eigenkapital ersetzenden Charakter der Darlehen für den Abschluss des Geschäftsanteilsübertragungsvertrages.

Die Kläger haben vorgetragen, hätten sie gewusst, dass sie auch bei entsprechender Liquiditätslage der Gesellschaft ihren Darlehensanspruch nicht geltend machen könnten, hätten sie den Vertrag nicht abgeschlossen. Diese Annahme der Kläger, sie hätten bei entsprechender Liquidität ihre Darlehen nicht zurückerhalten können, ist aber unrichtig. **Die Kläger waren weder gehindert, bei entsprechender Liquidität, d.h. bei Erwirtschaftung von Gewinnen, die Rückzahlung der Darlehen aus diesen zu bewirken, noch waren die Darlehen in voller Höhe verstrickt.**

Eine Verstrickung der Darlehen als Eigenkapital ersetzend ist nach den von der Rechtsprechung des BGH aufgestellten Grundsätzen in entsprechender Anwendung der §§ 30, 31 GmbHG, die neben den gesetzlichen Bestimmungen der §§ 30 ff, insbesondere § 32a GmbHG, anwendbar sind, nur in der Höhe eingetreten, in der zum jeweiligen Stichtag der Auszahlung eine Unterbilanz besteht, nämlich in dem Umfang, in dem die Darlehen tatsächlich Eigenkapital ersetzen, zum Stichtag 31.12.1994 also nur in Höhe von ca. 150.000 DM. Die darüber hinausgehenden Darlehensbeträge waren – anders als bei Eintritt der Insolvenz gemäß § 32a GmbHG – demgegenüber nicht als Eigenkapital ersetzend anzusehen und nicht von der Rückzahlung ausgenommen (vgl. hierzu Lutter/Hommelhoff, GmbHG 15. Aufl., §§ 32a, 32b Rz. 1, 10, 11 m.N. aus der Rspr. d. BGH). Sofern die Gesellschaft im Übrigen Gewinne erzielte, war eine Rückzahlung der Eigenkapital ersetzenden Darlehen aus den Gewinnen nicht verboten. Hierdurch wurde nämlich das Eigenkapital der Gesellschaft nicht weiter verringert.

Angesichts der von den Klägern geschlossenen langfristigen Darlehensverträge, die ohnehin eine Rückzahlung nur in Raten zuließen, die für eine Vielzahl von Jahren den Eigenkapital ersetzenden Teil der Darlehen unberührt ließen, ist daher schon unter Zugrundelegung des eigenen Vorbringens der Kläger hierzu nicht ersichtlich, dass eine Aufklärung durch den Beklagten über den Eigenkapital ersetzenden Charakter der Darlehen und dessen Bedeutung die Kläger vom Kauf der Geschäftsanteile abgehalten hätte.

Davon abgesehen musste es für die Kläger als ordentliche Kaufleute, und als solche durfte der Kläger sie in ihrer Funktion als zukünftige Gesellschafter/Geschäftsführer ansehen, ohnehin selbstverständlich sein, erzielte Gewinne zur Verminderung der Unterbilanz zu verwenden.

Der Beklagte brauchte auch bei dem von den Klägern vorgetragenen Gespräch im Dezember 1995, in dem die Kreissparkasse erklärt haben soll, ein **Rangrücktritt** der Forderungen der Kläger aus dem Darlehen an die GmbH hinter die Forderungen der übrigen Gläubiger **solle nicht erfolgen, keinen Hinweis auf den Eigenkapital ersetzenden Charakter der Darlehen zu geben. Dieser ergab sich nämlich** – wie ausgeführt – **bereits hinreichend deutlich aus den von ihm erstellten Unterlagen.** Zu einer weitergehenden Beratung über die rechtliche Ausgestaltung der Verträge war der Beklagte nicht verpflichtet.

Etwas anderes ergibt sich auch nicht daraus, dass der Beklagte die rechtliche Gestaltung des Anteilsübertragungsvertrages zwischen den Klägern und den Eheleuten B. übernommen hätte. Der Beklagte hat in seinem Schreiben vom 28.8.1995 an die Kreissparkasse, auf das die Kläger sich insoweit berufen, nur die mögliche Gestaltung des Vertrages dargelegt und von der Einschaltung eines Notars zur Abfassung des Vertrages nicht etwa generell, sondern nur zur Vermeidung unnötiger Kosten vor Zusage der Finanzierung abgeraten.

bb) Auf eine etwaige Überschuldung der GmbH und eine sich daraus möglicherweise ergebende Konkursantragspflicht brauchte der Beklagte nicht hinzuweisen. Eine Überschuldung der GmbH bestand nämlich nicht.

Eine Überschuldung der Gesellschaft zum hier maßgeblichen Zeitpunkt lässt sich entgegen der Auffassung der Kläger nicht dem Gutachten des Sachverständigen im Konkursantragsverfahren Anfang 1998 entnehmen. Die Beurteilung durch diesen ist ersichtlich eine Beurteilung *ex post*, die **nicht der Sicht im Zeitpunkt der Verhandlungen über die Anteilsübertragung entspricht.** Insbesondere war damals nicht, wie nach Stellung des Konkursantrages, von Liquidationswerten auszugehen, sondern von Fortführungsdaten, da angesichts der früheren und zu erwartenden Gewinne eine positive Fortführungsprognose gerechtfertigt war. Der spätere Niedergang der Gesellschaft beruhte – soweit ersichtlich – darauf, dass die Umsätze zurückgegangen waren und Forderungen in größerem Umfang aus Gründen, die die Kläger nicht hinreichend dargelegt haben, nicht durchgesetzt wurden oder werden konnten.

Davon abgesehen waren für die Prüfung der Frage der Überschuldung die Eigenkapital er-

setzenden Darlehen der Gesellschafter, ebenso wie das Eigenkapital selbst, nicht zu passivieren.

In Rechtsprechung und Literatur war es zum damaligen Zeitpunkt und ist es **heute noch umstritten, ob Eigenkapital ersetzende Darlehen in einer Überschuldungsbilanz, d.h. bei der Prüfung der Frage der Überschuldung, zu passivieren sind.** Nach einem Teil der Rechtsprechung und Literatur sind derartige Darlehen unabhängig von dem Vorliegen einer Rangrücktrittserklärung des Gesellschafters nicht zu passivieren, nach anderer Auffassung sind sie zu passivieren, wenn eine solche Rangrücktrittserklärung nicht vorliegt (vgl. zum Meinungsstand Lutter/Hommelhoff, GmbHG 15. Aufl., § 64 Rz. 17, 17d, m.w.N.; Scholz, GmbHG 9. Aufl., §§ 32a, 32b Rz. 63; OLG Düsseldorf v. 18.4.1997 – 22 U 226/96, OLGR Düsseldorf 1997, 336 = GmbHR 1997, 699 f).

Der Senat ist der Auffassung, dass eine Passivierung im Überschuldungsstatus nicht vorzunehmen ist, und zwar auch nicht bei Fehlen eines Rangrücktritts. Da derartige Darlehen im Konkurs der Gesellschaft nach § 32a GmbHG kraft Gesetzes nicht zurückgezahlt werden dürfen, können sie auch keine Konkurrenz zu den Forderungen der übrigen Gläubiger der GmbH darstellen. Es ist daher auch kein hinreichender Grund ersichtlich, eine Gesellschaft zur Stellung eines Konkursantrages zu verpflichten, wenn Überschuldung nur bei Berücksichtigung der Eigenkapital ersetzenden Gesellschafterdarlehen zu bejahen ist (vgl. Lutter/Hommelhoff, GmbHG 15. Aufl., § 64 Rz. 17b ff).

Letztlich kann dies dahinstehen. Ginge man nämlich von einer Passivierungspflicht Eigenkapital ersetzender Darlehen aus, musste den Klägern bereits aus der Steuer- bzw. Handelsbilanz der GmbH zum 31.12.1994 ersichtlich sein, dass bei Passivierung dieser Darlehen eine Überschuldung der Gesellschaft möglicherweise vorlag. Der Beklagte hatte die bestehenden Verbindlichkeiten zutreffend dargestellt. Zusätzliche Hinweis- und Aufklärungspflichten trafen ihn daher den Klägern gegenüber nicht. Davon abgesehen durfte der Beklagte aber auch insoweit davon ausgehen, dass die Kläger sich als künftige Gesellschafter und Geschäftsführer mit den sich daraus ergebenden Verpflichtungen und der hier in Rede stehenden Problematik selbst vertraut gemacht hatten.

Schließlich würde es auch, nähme man eine entsprechende Hinweispflicht grundsätzlich an, an einem Verschulden des Beklagten fehlen.

Prozessvergleich

Angesichts des zur damaligen Zeit und auch heute kontroversen Meinungsstandes zur Frage der Passivierung Eigenkapital ersetzender Darlehen bei Beurteilung der Überschuldung der Gesellschaft in Rechtsprechung und Literatur könnte es dem Beklagten nicht als fahrlässig vorgeworfen werden, wenn er von einer Überschuldung der Gesellschaft nicht ausging (vgl. hierzu OLG Düsseldorf v. 18.4.1997 - 22 U 226/96, OLGR Düsseldorf 1997, 336 = GmbHR 1997, 699, 701). Angesichts dieser Umstände begründet auch die angebliche Äußerung des Beklagten, die Kläger brauchten sich über eine Insolvenz der Gesellschaft keine Gedanken zu machen, keine Haftung des Beklagten.

cc) Auch hinsichtlich der sonstigen vom Beklagten erstellten Unterlagen, so insbesondere der Rentabilitäts- und Ertragskraftberechnung, ist nicht ersichtlich, dass diese etwa fehlerhaft waren. (...)

dd) Auch die Bewertung des Unternehmens durch den Beklagten begründet keine Haftung des Beklagten. (...)

d) Es ist auch nicht ersichtlich, dass und in welcher Höhe den Klägern aufgrund der vom Beklagten erstellten Unterlagen und erteilten Auskünfte und das in deren Richtigkeit gesetzte Vertrauen ein Schaden entstanden ist.

Es ist nicht hinreichend dargelegt, dass der Kaufentschluss der Kläger auf dem Inhalt dieser Unterlagen beruhte. Dem Vorbringen des Beklagten, die Kläger seien im Zeitpunkt seiner Einschaltung bereits mit dem Verkäufer einig gewesen, es sei nur noch um die Finanzierung gegangen, sind die Kläger, wie ausgeführt, nicht konkret entgegengetreten. Hatten aber die Kläger aufgrund der Verhandlungen mit den Eheleuten B. ohne Vorlage der Unterlagen einen Kaufpreis von im Ergebnis 500.000 DM für angemessen gehalten, ist nicht ersichtlich, welchen Einfluss die vom Beklagten erstellten Unterlagen hierauf noch gehabt hätten.

Zudem ist ein Schaden in der geltend gemachten Höhe nicht zu erkennen. Zum einen haben die Kläger unstreitig auf ihr Darlehen teilweise bereits Rückzahlungen erhalten, zum anderen ist auch nicht hinreichend feststellbar, dass die der Gesellschaft gewährten Darlehen im Konkursverfahren nicht, jedenfalls nicht teilweise, zurückgezahlt werden können. Zum weiteren Verlauf des Konkursverfahrens haben die Kläger nichts vorgetragen. (...)

- Unwirksamkeit
 - Geschäftsgrundlage
- (LG Köln, Urt. v. 13.6.2002 - 15 O 528/01)

Leitsatz (d. Red.):

Zur Wirksamkeit eines Prozessvergleichs, wenn der Prozessbevollmächtigte sich über die Statthaftigkeit der Ablehnung der Prozesskostenhilfe geirrt hat.

Zum Sachverhalt:

Die Kläger haben gegen den Beklagten Ansprüche auf Zahlung von Rechtsanwaltsgebühren geltend gemacht, der Beklagte widerklagend und aufrechnend Regressforderungen wegen arbeitsrechtlicher Beratung des Beklagten durch die Kläger.

In der mündlichen Verhandlung vom 13.12.2001 haben die Parteien einen Vergleich geschlossen, wonach der Beklagte an die Kläger zur gesamten Hand zum Ausgleich aller gegenseitigen Ansprüche 1.000 DM zahlen sollte.

Zuvor hatte das Landgericht in der mündlichen Verhandlung den Antrag des Beklagten auf Bewilligung von Prozesskostenhilfe zurückgewiesen, weil weder seine Verteidigung noch die beabsichtigte Widerklage hinreichende Erfolgsaussicht hätten, obwohl dem Beklagten durch das zunächst für den Rechtsstreit zuständige Amtsgericht bereits Prozesskostenhilfe für den ersten Rechtszug bewilligt worden war.

Der Beklagte ist der Ansicht, der Vergleich sei gemäß § 779 BGB a.F. unwirksam, da sein Prozessbevollmächtigter ihn nur deshalb abgeschlossen habe, weil er von der Statthaftigkeit der Versagung der Prozesskostenhilfe ausgegangen sei.

(Anträge ...)

Die Kläger tragen vor, der Vergleich sei wirksam, der Prozessbevollmächtigte des Beklagten sei einem Rechtsirrtum unterlegen.

Aus den Gründen:

Der Rechtsstreit war nicht fortzusetzen, da er durch den Vergleich der Parteien vom 13.12.2001 erledigt ist.

Der Vergleich ist wirksam zustande gekommen. Die prozessbeendende Wirkung eines Vergleichs wird nur durch die anfängliche Unwirksamkeit beseitigt (vgl. BGH, NJW 1986, 1348). Gründe für eine anfängliche Unwirksamkeit wegen Nichtigkeit oder wirksamer Anfechtung des Vergleichs hat der Beklagte jedoch nicht vorgetragen.

Soweit der Beklagte vorträgt, sein Prozessbevollmächtigter habe sich über die Statthaftigkeit der Ablehnung der Prozesskostenhilfe geirrt und nur deshalb den Vergleich abgeschlossen, führt dies nicht zur Nichtigkeit des Vergleichs. Gemäß § 779 BGB a.F. können nur solche Irrtümer über die Vergleichsgrundlage zur Unwirksamkeit des Vergleichs führen, die den Streit als solchen ausschließen. Über die Gewährung der Prozesskostenhilfe haben die Parteien jedoch im vorliegenden Rechtsstreit nicht gestritten, zumal diese durch den Staat gewährt wird und nicht im Verhältnis der Parteien untereinander.

Im Übrigen lag der Versagung der Prozesskostenhilfe durch das Landgericht die Rechtsauffassung zugrunde, dass die Verteidigung des Beklagten sowie auch seine beabsichtigte Widerklage keine hinreichende Aussicht auf Erfolg hätte.

Selbst wenn man mit dem Beklagten davon ausginge, dass die Statthaftigkeit der Versagung der Prozesskostenhilfe zur Geschäftsgrundlage geworden ist, wäre die Wirksamkeit des Vergleichs davon unberührt, denn das Fehlen der Geschäftsgrundlage berührt die Wirksamkeit des Vergleichs nicht, da sie nur zur nachträglichen Anpassung führen kann, nicht aber zur Unwirksamkeit oder Nichtigkeit (vgl. BGH, NJW 1986, 1348, 1349).

GI Leitsätze

Rechtsanwalt/Belehrungspflicht/Verlust des Versicherungsschutzes

Führt der Rechtsanwalt für einen rechtsschutzversicherten Mandanten einen wenig aussichtsreichen Prozess, so muss er den Mandanten darüber spätestens dann belehren, wenn der Rechtsschutzversicherer die zunächst erteilte Deckungszusage zurückzieht oder einschränkt und der Rechtsanwalt dagegen für den Mandanten nichts unternehmen will.

(OLG Düsseldorf, Urt. v. 6.7.2001 – 24 U 211/00, OLG-Report 2002, 102)

Notar/Notarvertreter als Rechtsanwalt

Die Landesjustizverwaltung kann ohne Verstoß gegen das Grundrecht der Freiheit der Berufswahl (Art. 12 Abs. 1 GG) und einfachgesetzliches Bundesrecht (§ 39 Abs. 3 Satz 1 BNotO) in einer Allgemeinen Verwaltungsvorschrift (§ 10 Abs. 5 Satz 1 AVNot) bestimmen, dass Personen, die zur Rechtsanwaltschaft zugelassen, nicht aber Notarin oder Notar sind, mit einer Notarvertretung nur dann betraut werden können, wenn sie mehr als 18 Monate in dem in Aussicht genommenen Amtsbezirk hauptberuflich als Rechtsanwältin oder Rechtsanwalt tätig gewesen sind.

(OLG Bremen, Beschl. v. 13.3.2002 – 2 Not 2/02, OLG-Report 2002, 288)

GI Hinweis

Steuerberatergebührenverordnung (StBGebV)

Der 1982 erstmals erschienene „Mittelsteiner/Scholz: Steuerberatergebührenverordnung“ liegt nun in überarbeiteter Fassung als 5. Auflage vor. Das Werk wird fortgeführt von dem Rechtsanwalt und Justiziar der Steuerberaterkammer Rheinland-Pfalz Wendelin F. Keller.

Die Neuauflage zeichnet sich durch Prägnanz und gute Lesbarkeit aus. Im Kommentarteil sind Rechtsprechung und Literatur bis April 2002 aufgearbeitet und berücksichtigt. Darüber hinaus findet der Leser die Gesetzestexte der StBGebV und der BRAGO, eine Gebühren-Schnellübersicht und die dazu gehörenden Tabellen.

Die Neuauflage gehört in die Handbibliothek jedes Steuerberaters. Sie ist Wirtschaftsprüfern, vereidigten Buchprüfern und Rechtsanwälten ein hilfreicher Begleiter bei allen Fragen, die mit der StBGebV im Zusammenhang stehen.

Die Leser der Gerling-Informationen werden sich freuen, weil die Honorar-Rechtsprechung, die in den GI der letzten 23 Jahre veröffentlicht wurde, mit Fundstellenangabe im Kommentarteil der Neuauflage aufgenommen wurde.

Karl-Heinz Mittelsteiner/Berthold Scholz, fortgeführt von Wendelin F. Keller: Steuerberatergebührenverordnung (StBGebV) – Textausgabe mit Kommentar, Schnellübersicht und Tabellen – Verlag C.F. Müller, Heidelberg, 5. neu bearbeitete Auflage 2002, 376 Seiten, kartoniert, 39,00 €, ISBN-3-8114-512-1

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis

Heft 1-12/2002

Abfindungsvergleich

- Belehrung durch RA 2002, 57, 133
- Geschäftsgrundlage 2002, 570

Abschlussprüfung

- Dauerberatungsmandat 2002, 174
- EDV-Prüfung 2002, 174
- Prüfungsplanung 2002, 174
- Prüfungsprinzipien 2002, 174
- Saldenbestätigung 2002, 174
- Stichproben 2002, 174
- Unterschlagung 2002, 174

Abtretung

- > des Honoraranspruchs 2002, 30

Amtspflichtverletzung

- Rechtsauffassung, vertretbare 2002, 53

Anderkonto

- Beschlagnahme von Unterlagen 2002, 53

Anerkennung

- >, deklaratorisches 2002, 250
- Honoraranspruch 2002, 250
- Verbot 2002, 227
- = Feststellung zur Insolvenztabelle

Anlageberatung

- Abgrenzung 2002, 125
- = > zur Steuerberatung

Anwaltsvertrag

- Gebührenvereinbarung 2002, 265
- = Verhandlung über > 2002, 265
- Kündigungsdrohung 2002, 81
- RA und Aufsichtsrat

Aufsichtsrat

- Anwaltstätigkeit des > 2002, 81

Auskunftsvertrag

- Abschluss, stillschweigender 2002, 48
- = Auskunft an Kreditgeber 2002, 48
- = BWA

Belehrungspflicht des RA

- Abfindungsvergleich 2002, 57, 133
- Anspruch gg. Dritte 2002, 82
- Prozessauftrag 2002, 38
- = Erfolgsaussichten 2002, 38
- = Rechtsschutzzusage, Widerruf

Belehrungspflicht des StB/WP

- Anlageobjekt 2002, 125
- = Weitergabe von Prospekten

- Auftragsinhalt 2002, 139
- = Beratungsleistungen 2002, 139
- = Honorarnote
- Belehrungsbedürftigkeit, fehlende 2002, 145, 298
- = Einspruchsrücknahme, Wirkung der > 2002, 298
- = GmbH-Anteilserwerber 2002, 241
- = GmbH-Geschäftsführer 2002, 241
- = Sachkunde, eigene 2002, 145
- Produktionsverluste 2002, 298
- = Unterbilanz, Wirkung der > 2002, 205
- Eheleute, Auseinandersetzung 2002, 271
- GbR 2002, 241
- = Steuerhaftung Neugesellschafter 2002, 205
- Gewinnausschüttung, verdeckte 2002, 166
- Grundstücksübertragung, umsatzsteuerfreie 2002, 213
- Investitionszulageantrag 2002, 241
- = Fördervoraussetzungen, Kfz. 2002, 268
- Objektverbrauch 2002, 213
- Prüfungsanlass 2002, 241
- Säumniszuschläge 2002, 268
- = Steuerzahlung, unterlassene 2002, 213
- Sonder-AfA 2002, 271
- Steuerhaftung, § 75 AO 2002, 268
- Steuerzahlung, unterlassene 2002, 139
- = Säumniszuschläge
- Umsatzprovisionen, vGA

Berufungsbegründungsfrist

- Verlängerungsantrag 2002, 36
- = >, erster 2002, 36
- Wiedereinsetzung

Beschlagnahmebeschluss

- Bestimmtheit 2002, 280, 282

Beschlagnahmeverbot, § 97 StPO

- Anderkonto 2002, 53
- Geschäftsunterlagen 2002, 282
- Mandantenschreiben des StB 2002, 282
- Wiederaufnahmeverfahren 2002, 30

Beweislast

- (s. auch Darlegungslast)
- Aufklärung/Belehrung, unterlassene 2002, 238
- = Kausalität 2002, 15
- Auftragsumfang 2002, 238
- Schaden 2002, 5
- = Auskunft, fehlerhafte 2002, 15
- = Beweisvereitelung durch StB
- Steuerberatungsvertrag

Bilanzerstellung

- Unterdeckung 2002, 298

Buchführungsauftrag

- Belehrungspflichten 2002, 197
- = Belege, Unstimmigkeiten 2002, 241
- = Belegübergabe

- Datenerfassung = Belehrungspflicht	2002, 241	Gesamtschuld/-schuldner - Vertragsschuldner und Notar	2002, 99
- Ordnungsmäßigkeit der Buchführung = Belege, Unstimmigkeiten	2002, 197	Gewerbebetrieb - Eingriff in >	2002, 9
- Prüfung der Unterlagen	2002, 197, 241	- Steuerberater = Mehrheitsbeteiligung	2002, 212
- Zuschätzung = > durch BP	2002, 197	Gewinnausschüttung, verdeckte - Belehrung des GmbH-Geschäftsführers	2002, 139, 241
Buchführungshelfer - Dienstvertrag	2002, 187	- Beratungsauftrag	2002, 139
Darlegungslast (s. auch Beweislast)		- Erkennbarkeit	2002, 241
- Investitionszulageschaden	2002, 46	- Rückgängigmachung	2002, 241
- Schaden, § 287 ZPO = Anknüpfungstatsachen	2002, 5	- Schaden = Gesamtvermögensvergleich	2002, 241
= Beweisvereitelung durch StB	2002, 5	- Umsatzprovisionen	2002, 139
Dienstvertrag - Abgrenzung zum Werkvertrag	2002, 187	GI Aktuell - Abfindung = Zusatzleistung	2002, 55, 106
- Buchhaltungsvertrag	2002, 187	- Arbeitslohn = Garagenmiete	2002, 262
- Nachbesserungsanspruch	2002, 187	- Auslandssprachkurse	2002, 264
- Werkvertrag = Abgrenzung	2002, 117	- Aufwand, anschaffungsnaher	2002, 184
= Aufteilung	2002, 117	- Bankgeheimnis	2002, 158
Dritthaftung - Aufkundsvertrag, stillschweigender = Auskunft an Kreditgeber	2002, 48	- Beschäftigung, geringfügige = Wegfall der Steuerfreiheit	2002, 132
= BWA	2002, 48	- Bürge, leistungsunfähiger	2002, 236
- BWA, fehlerhafte	2002, 48	- Bürgschaft, Höchstbetrag	2002, 237
- Sachverständiger, gerichtlicher	2002, 44	- Eigenheimzulage = Genossenschaftsanteile	2002, 56
- Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter		= Kinderzulage	2002, 210, 238
= Behördenentscheidung	2002, 9	- Einbringung = Übergangsgewinn	2002, 29
= Bilanzerstellung	2002, 298	- Einkommensteuer = Ferienwohnung	2002, 56
= Gutachten	2002, 9	- Erbschaftsteuer = Verfassungsmäßigkeit	2002, 3
Falschbeurkundung im Amt, § 348 StGB - Sprachkunde	2002, 63	- Finanzamt, Zusage = Bindungswirkung	2002, 262
Feststellungsklage - Freistellungsklage	2002, 271	- Gewerbesteuer = RA als Insolvenzverwalter	2002, 55
- Schaden, wahrscheinlicher	2002, 277	- Grundstückshandel, gewerblicher	2002, 80
- Zahlungsklage	2002, 271	- Haustürgeschäft = Widerrufsrecht	2002, 107
Fristenkontrolle - Ausgangskontrolle = Telefax	2002, 81	- Haustürwiderrufsgesetz	2002, 298
- Büroorganisation	2002, 191	- Herstellungskosten	2002, 184
- Fristenkontrollbuch = Organisationsverschulden - Vorfristeintragung	2002, 191	- Insolvenzverwalter = Einkünfte, gewerbliche	2002, 55
- Vorfrist	2002, 191	- Kindergeld = Offiziersanwärter	2002, 211
Gerichtsstand - Gerichtsstandsvereinbarung, § 36 Abs. 1 Nr. 3 ZPO	2002, 99	= Vermögen des Kindes	2002, 290
		- Kinderzulage = Auswärtsstudium	2002, 210
		- Koppelungsgeschäfte	2002, 185
		- Kraftfahrzeug = Arbeitnehmer, mehrere	2002, 185
		= Nutzung, private	2002, 185
		- Kredit = Mithaftung	2002, 2

- Leasingklausel
= Schadenersatzanspruch 2002, 211
- Liebhaberei
= Vermietung 2002, 263
- Lohnsteuer
= Mitarbeiterbüro, Außendienst 2002, 29
- Mithaftung, Kinder 2002, 2
- Pflege-Pauschbetrag 2002, 159
- Realkreditvertrag
= Geschäft, verbundenes 2002, 289
= Widerruf 2002, 289
- Rechtsberatung
= Ratgebersendung im Fernsehen 2002, 28
- Rechtskraft, Durchbrechung 2002, 236
- Steuerfahndung
= Sammelauskunftersuchen 2002, 158
- Umsatzsteuer
= Gesellschafter, Bareinlage 2002, 3
- Unterhaltsanspruch der Eltern 2002, 288
- Vermietung
= Liebhaberei 2002, 263
- Verwertungsverbot
= Belehrung, unterlassene 2002, 132

GmbH

- Geschäftsführer
= Belehrungsbedürftigkeit 2002, 241

Honoraranspruch des RA

- Ablichtungen für Gegner 2002, 260
- Abtretung des > 2002, 30
- Reisekosten 2002, 260
- Strafbefehl
= Einspruchsprüfung,
§§ 84 und 83 Abs. 1 Nr. 3 BRAGO 2002, 24
- Umsatzsteuer, § 25 BRAGO
= Selbstvertretung 2002, 98

Honoraranspruch des StB/WP

- Abschlussvorarbeiten, § 35 StBGebV
= Mitwirkung, fehlende 2002, 219
= Vollbuchführung 2002, 219
- AdV-Antrag, § 44 StBGebV 2002, 219
- Anerkenntnis des Mandanten
= Pauschalvereinbarung 2002, 250
- Auskunft, § 21 StBGebV
= Akquisitionsgespräch 2002, 219
- Bilanz, § 35 StBGebV
= Fristverlängerungsantrag 2002, 219
- Buchführung
= Abschlussvorarbeiten 2002, 219
= Abschreibungen 2002, 219
= Anlagenbuchhaltung 2002, 219
= Entstehen der > 2002, 219
= Materialkosten 2002, 219
- Einforderbarkeit, § 9 StBGebV
= Verzug des Mandanten 2002, 117
- Entstehung des > 2002, 219
- Firmenfortführung, § 25 HGB 2002, 93
- Fristverlängerungsantrag 2002, 219

- Gebührenrahmen, § 11 StBGebV
= Darlegungslast 2002, 72
= Mindestgebühr 2002, 72
= Mittelgebühr 2002, 72
- Honorarvereinbarung
= Wirtschafts- und Steuerberatung 2002, 238
- Pauschalgebühr, § 14 StBGebV
= Anerkenntnis 2002, 250
= >, nichtige, Vergütungsanspruch 2002, 72, 93
= Schriftform 2002, 72, 93
= Umdeutung 2002, 72, 93
- Rat, § 21 StBGebV
= Akquisitionsgespräch 2002, 219
= Substantiierung 2002, 219
- Rechtsbehelfsverfahren, § 40 StBGebV
= AdV-Antrag 2002, 219
= Mittelgebühr 2002, 219
- Rückforderungsanspruch,
§ 812 BGB
= Nichtigkeit, § 134 BGB 2002, 31
= Wertersatz 2002, 31
- Stundungsantrag, § 23 Nr. 2 StBGebV 2002, 219
- Unterzeichnung der Rechnung
= > durch Mitarbeiter 2002, 93
2002, 117
- Verjährung des >
= Beendigung des StB-Vertrages 2002, 238
- Wirtschaftsberatung
= > und Steuerberatung 2002, 238

Internet

- Werbeverbot
= Interessentenrundschriften 2002, 260

Kausalität

- Fehler
= > des Erstberaters 2002, 268
= > des Gerichts 2002, 291
- > zwischen Pflichtwidrigkeit und Schaden
= Anscheinsbeweis 2002, 279
= Fehler des Erstberaters 2002, 268
= Grundstücksübertragung,
umsatzsteuerfreie 2002, 205
= Vergleich, anfechtbarer 2002, 253
= Verhalten, beratungskonformes 2002, 238, 279
- Schutzzweck
= Steuerberechnung 2002, 17
= Steuerberechnung 2002, 17
- Unterbrechung der >
= Mandatskündigung 2002, 82
= Rechtsanwalt
- >, neuer 2002, 82
- >, Regressprüfung 2002, 82

Kenntnis des Steuerrechts

- Rechtsprechungsänderung
= Zwei-Konten-Modell 2002, 114
- Vorlagebeschluss zum Großen Senat 2002, 114
- Zeitschriften
= DB 2002, 114

Klageauftrag

- Belehrung über Klageaussichten 2002, 38
- = Schaden 2002, 279
- Parteibezeichnung 2002, 121
- = Berichtigung des Passivrubrums 2002, 121
- = Erkennbarkeit 2002, 121
- Rechtsschutzzusage, Widerruf 2002, 38

Kontierer

- Ausbildung 2002, 31
- USt-Voranmeldung 2002, 31

Kostenfestsetzung

- Mehrfachberufler, 2002, 283
- Gebührenordnung

Kreditbetrug, § 265b StGB

- BWA, fehlerhafte 2002, 48

Mahnbescheid

- Bezeichnung des Anspruchs 2002, 197

Mandantenpflichten

- Informationen 2002, 75, 97
- = > an StB

Mediator

- Rechtsberatung 2002, 208

Mehrfachberufler

- Gebührenordnung, 2002, 283
- Kostenfestsetzung

Mitverschulden

- Informationen 2002, 97
- = > an Buchhaltung 2002, 75, 97
- = > an StB 2002, 65
- = Werbungskosten, Liste der > 2002, 65
- Prüfungspflicht des Mandanten 2002, 65

Nachbesserung

- Leistungsverweigerung der > 2002, 187
- Unzumutbarkeit der > 2002, 187

Notar

- Belehrungspflichten 2002, 41
- = >, betreuende 2002, 297
- = Entwurf, Abweichung vom > 2002, 41
- = Schaden, drohender 2002, 63
- Falschbeurkundung, § 348 StGB 2002, 82
- Grundbuchkenntnis 2002, 82
- Notarvertreter 2002, 304
- = Rechtsanwalt als > 2002, 304
- Urkunde, fremdsprachliche 2002, 208
- = Übersendung an FA 2002, 208
- = Übersetzung

Prozesskostenhilfe

- Ablehnung 2002, 34
- Notanwalt, Ablehnung 2002, 34

Rechtsanwalt

- Abfindungsvergleich 2002, 57
- = Geschäftsgrundlage 2002, 81
- Aufsichtsrat
- Beratungspflichten 2002, 253
- = Entschuldungsvergleich 2002, 253
- = Insolvenzanfechtung 2002, 304
- = Versicherungsschutz, Verlust des > 2002, 133
- Briefkopf 2002, 291
- Fehler des Gerichts
- Kündigung 2002, 121
- = > gg. Bevollmächtigtem
- Kündigungsschutzklage 2002, 133
- = Arbeitsverweigerung, Rat des RA 2002, 121
- Parteibezeichnung 2002, 82
- Regressprüfung
- Unfallschaden, Abfindungsvergleich 2002, 57
- = Erwerbsschaden 2002, 151
- Unterbevollmächtigter
- Vergleich 2002, 264
- = Abgeltungsklausel 2002, 264
- = Belehrungspflichten
- Verkehrsanwalt 2002, 159
- = Partei, ausländische
- Verkehrs-/Prozessanwalt 2002, 160
- = Einzugsermächtigung, Sachvortrag 2002, 160
- = Sachvortrag, Berufungsbegründung 2002, 160
- = Verantwortungsbereiche 2002, 160

Rechtsausübung, unzulässige

- Unterrichtung des Versicherers 2002, 241
- Verhandlungen 2002, 241
- = Teilerkenntnis

Rechtsberatung/Rechtsbesorgung

- Mediation 2002, 208
- Treuhänder 2002, 78
- = Bauträgermodell 2002, 78
- = Immobilienfonds

Sachverhaltsermittlung

- > durch StB 2002, 65, 75, 97

Sachverständiger

- Haftung des > 2002, 44
- >, gerichtlicher 2002, 44

Schaden

- Ablichtungen 2002, 260
- = Anlagen zu Schriftsätzen
- Kapitalanlage 2002, 277
- = Beteiligung, unterlassene 2002, 279
- Klageaussichten
- Reisekosten, RA 2002, 260
- = Verhandlungstermin, auswärtiger 2002, 168
- Steuerhinterziehung, Kosten 2002, 117
- Steuerzahlung, unvermeidbare 2002, 277
- Verlustzuweisungsgesellschaft 2002, 241
- Vermögensvergleich

Schädigung, sittenwidrige, § 826 BGB			
- Sachverständiger, gerichtlicher	2002, 44	- Verjährung = Steuerberater, § 68 StBerG	2002, 108
		- Vollmacht, Bauträgermodell	2002, 78
Schutzgesetz i.S.d. § 823 Abs. 2 BGB		Unterhaltsklage	
- § 407a ZPO	2002, 44	- Abschreibungen	2002, 171
- §§ 153 ff StGB	2002, 44	- Personalkosten	2002, 171
		- Vorsorgeaufwand	2002, 171
Sozietät		Unterschrift	
- Haftung, Altschulden	2002, 65, 90	- Echtheit der >	2002, 163
- Scheinpartner, Haftung	2002, 53		
- Sozios, neuer	2002, 65, 90	Vergleich	
Steuerberater		- Prozessvergleich = Irrtum des Prozessbevollmächtigten	2002, 303
- Gewerbebetrieb = Mehrheitsbeteiligung	2002, 212	= Unwirksamkeit	2002, 303
Steuerberatungsgesetz		Verjährung, § 51 BRAO a.F., § 51b BRAO n.F.	
- § 6 Nr. 4 = Kontierer	2002, 31	- Verjährungsbeginn = Prozessfehler	2002, 134
- § 57 = Unternehmensberatungsgesellschaft	2002, 4	= Schaden, künftiger	2002, 134
		= Schadeneinheit	2002, 134
Steuerberatungsvertrag		Verjährung, § 68 StBerG, § 51a WPO	
- Abgrenzung zur Bonitätsprüfung	2002, 125	- Auszahlung, Treuhandgelder	2002, 108
- Darlegungs- und Beweislast	2002, 15	- Belehrung über Fehler und Verjährungsvorschrift, Sekundäranspruch	
- Dauermandat und Beratungspflichten	2002, 15	= Anlass für >	2002, 293
- Inhalt des > = Honorarrechnung	2002, 139	= Fehler, gleichartiger, im Folgejahr	2002, 293
= Umsatzprovisionen, vGA	2002, 139	- Verjährungsbeginn	
- Nichtigkeit, § 134 BGB	2002, 31	= Auszahlung, Treuhänder	2002, 108
= Honorarrückforderung	2002, 31	= Freigabe, Eigenkapital	2002, 108
= Kontierer	2002, 31	= Fristablauf	2002, 46
- Zustandekommen des > = Übergabe von Unterlagen	2002, 260	= Investitionszulage	2002, 46
		= Pflichtverletzung, unselbstständige	2002, 197
Steuererklärung		= Säumniszuschläge	2002, 197
- Steuerberechnung, vorläufige	2002, 17	= Schätzungsbescheid	2002, 100
- Verlustzuweisung, fehlerhafte	2002, 75	- Bekanntgabe	2002, 197
		= Sonder-AfA	2002, 213
Steuerfahndung		= Steuerberaterhonorar	2002, 197
- Anfangsverdacht	2002, 53	= Steuerbescheid	
- Auslandsgeschäfte	2002, 53	- Zugang des >	2002, 293
- Weitergabe an Wohnsitz-FA	2002, 53	= Teilschaden	2002, 197
		= Vollstreckungskosten	2002, 197
Steuerhaftung		= zwei Fehler	2002, 197
- Neugesellschafter, § 75 AO = Belehrungspflicht des StB	2002, 271	- Verjährungshemmung	
		= Meldung bei Versicherer	2002, 100
Steuerhinterziehung		= § 852 Abs. 2, § 639 Abs. 2 BGB	2002, 241
- Berufspflichtverletzung	2002, 129	= Stillhalteabkommen	2002, 241
		= Verhandlung	2002, 241
Steuerverkürzung, § 378 AO		Verjährung, § 812 BGB, § 19 BNotO	
- Angaben, unrichtige	2002, 4	- Verjährungsbeginn	
- > durch Steuerberater	2002, 4	= Rangverschlechterung	2002, 290
Treuhänder		Verjährungsunterbrechung	
- Auszahlungsprüfung	2002, 108	- Anerkenntnis	2002, 241
- Fondsschließung	2002, 108	- Mahnbescheid	
- Freigabe, Eigenkapital	2002, 108	= Individualisierung des >	2002, 197
- Rechtsberatung, verbotene	2002, 78		

- Streitverkündung = Wirkung der >	2002, 134	Wettbewerb, unlauterer, § 3 UWG - Briefkopf „Anwalts- und Steuerkanzlei“	2002, 133
Verkehrs-/Prozessanwalt - Verantwortungsbereiche	2002, 160	Wettbewerbsverbot - Abwerbung, Mandate - Laufzeit - Mandantenschutz - Reduktion, geltungserhaltende - Treuepflicht, nachvertragliche	2002, 18 2002, 142 2002, 142 2002, 142 2002, 142
Versäumnisurteil - >, zweites - Irrtum des Gerichts	2002, 13 2002, 13	Wiedereinsetzung - Antrag = Notanwalt, Ablehnung = Organisationsanweisungen = Sachvortrag - >, widersprüchlicher - Glaubhaftmachung = Sachvortrag, widersprüchlicher - Prozesskostenhilfe, Ablehnung	2002, 34 2002, 191 2002, 138 2002, 138 2002, 34
Verschwiegenheit - Abtretung der Honorarforderung	2002, 30	Zurückbehaltungsrecht - Insolvenz des Mandanten - Schaden, drohender - Schätzungen, drohende - Unterlagen des Mandanten - > als Druckmittel - Zusammenhang Unterlagen/Forderung	2002, 4 2002, 93 2002, 93 2002, 219 2002, 93 2002, 256
Versicherungsschutz - Abtretungsverbot - Aussage zu Gewinnerwartung - Bindungswirkung des Vergleichs = > nach Deckungsablehnung - Bonitätsprüfung, unzureichende - Deckungssumme, angemessene = Belehrung über > - Kapitalanlagenvermittler - Klagefrist, § 12 Abs. 3 WG = RA-Verschulden - Obliegenheitsverletzung = Anerkenntnis - Pflichtverletzung, wissentliche = Bindung Haftpflichturteil = Sicherheit, fehlende - Risikobereich = Ansprüche, z.T. nicht gedeckte - Trennungsprinzip = Haftungsvergleich, Deckungsprozess = Verschulden - Verjährungsverzicht, Auslegung - Veruntreuung durch Personal, § 4 Ziff. 5 AVB = Untreuetatbestand	2002, 227 2002, 229 2002, 229 2002, 229 2002, 229 2002, 234 2002, 229 2002, 81 2002, 227 2002, 193 2002, 193 2002, 229 2002, 229 2002, 193 2002, 147 2002, 147	Zwangsvollstreckungsauftrag - Eilgerichtsvollzieher - Grundbucheinsicht Zwei-Konten-Modell - Rechtsprechungsänderung	2002, 78 2002, 78 2002, 114
Vollmacht - Untervollmacht	2002, 151	BVerfG v. 12.8.2002 - 1 BvR 399/02	2002, 291
Vorteilsausgleichung - Steuerzinsen, § 233 AO = Pflicht zur Schadengeringhaltung - Wertersatzanspruch	2002, 102 2002, 31	BGH v. 19.4.2001 - I ZR 46/99 = MDR 02, 239 BGH v. 25.5.2001 - 2 StR 88/01 = wistra 01, 390 BGH v. 26.6.2001 - X ZR 231/99 BGH v. 28.6.2001 - 1 StR 198/01 = wistra 01, 395 BGH v. 24.7.2001 - VIII ZR 58/01 BGH v. 18.9.2001 - VI ZA 26101 BGH v. 18.9.2001 - XI ZR 321/00 = DStR 01, 2084 BGH v. 25.9.2001 - VI ZA 6/01 BGH v. 27.9.2001 - IX ZR 281/00 BGH v. 11.10.2001 - III ZR 182/00 = DStR 01, 2082 BGH v. 11.10.2001 - III ZR 288/00 BGH v. 30.10.2001 - VI ZB 43/01	2002, 133 2002, 63 2002, 9 2002, 30 2002, 163 2002, 36 2002, 78 2002, 34 2002, 5 2002, 78 2002, 108 2002, 191
Wegfall der Geschäftsgrundlage - Abfindungsvergleich - Motivirrtum, doppelter	2002, 57 2002, 57		
Werbeverbot - Blickfangwerbung - Briefkopf - Kompetenzfelder - Messe, Teilnahme an >	2002, 81 2002, 133 2002, 81 2002, 186		
Werkvertrag - Buchhaltungsvertrag - Nachbesserungsanspruch	2002, 187 2002, 187		

BGH v. 8.11.2001 – IX ZR 64/01	2002, 57	OLG Düsseldorf v. 19.10.2001	
BGH v. 13.11.2001 – XI ZR 82/01	2002, 2	– 23 U 31/01	2002, 205
BGH v. 29.11.2001 – I ZR 278/00	2002, 82	OLG Düsseldorf v. 6.11.2001	
BGH v. 29.11.2001 – IX ZR 389/98	2002, 160	– 23 U 27/01	2002, 72
BGH v. 6.12.2001 – I ZR 316/98, 11/99, 14/99 + 214/99	2002, 28	OLG Düsseldorf v. 20.11.2001	
BGH v. 6.12.2001 – IX ZR 124/00	2002, 238	– 23 U 20/01	2002, 114
BGH v. 17.2.2002 – VII ZB 32/01	2002, 138	OLG Düsseldorf v. 20.11.2001	
BGH v. 21.2.2002 – IX ZR 127/00	2002, 134	– 23 U 21/01	2002, 93
BGH v. 7.3.2002 – III ZR 12/01	2002, 187	OLG Düsseldorf v. 20.11.2001	
BGH v. 9.4.2002 – XI ZR 91/99	2002, 107	– 23 U 26/01	2002, 117
BGH v. 13.6.2002 – I ZR 71/01, 72/01 + 173/01	2002, 185	OLG Düsseldorf v. 30.11.2001	
BGH v. 26.6.2002 – VIII ZR 147/01	2002, 211	– 23 U 18/01	2002, 293
BGH v. 4.7.2002 – IX ZR 153/01	2002, 265	OLG Düsseldorf v. 20.12.2001	
BGH v. 11.7.2002 – IX ZR 326/99	2002, 236	– 23 U 49/01	2002, 65
BGH v. 18.7.2002 – IX ZR 294/00	2002, 237	OLG Düsseldorf v. 29.1.2002	
BGH v. 23.10.2002 – XII ZR 266/99	2002, 288	– 23 U 78/01	2002, 277
BGH v. 12.11.2002 – XI ZR 47/01	2002, 289	OLG Düsseldorf v. 5.2.2002	
		– 23 U 22/01	2002, 197
		OLG Düsseldorf v. 5.3.2002	
		– 23 U 82/01	2002, 271
		OLG Düsseldorf v. 16.4.2002	
KG Berlin v. 7.11.2000 – 1 W 1770/00	2002, 208	– 24 U 123/01	2002, 253
= OLG-Report 01, 73		OLG Düsseldorf v. 28.5.2002	
		– 23 U 193/01	2002, 219
		OLG Düsseldorf v. 2.7.2002	
OLG Braunschweig v. 3.9.2001		– 23 U 158/01	2002, 250
– 7 U 133/00	2002, 97	OLG Düsseldorf v. 9.7.2002	
		– 23 U 183/01	2002, 241
OLG Bremen v. 13.3.2002 – 2 Not 2/02	2002, 304		
= OLG-Report 02, 288		OLG Frankfurt v. 30.1.2002 – 7 U 108/01	2002, 234
OLG Bremen v. 27.6.2002 – 5 U 1513/00	2002, 213	= OLG-Report 02, 136	
OLG Celle v. 12.12.2000 – StO 2/2000	2002, 212	OLG Hamburg v. 7.3.2001 – 8 W 67/01	2002, 98
= DStR 01, 1006		= OLG-Report 01, 381	
OLG Celle v. 1.3.2001 – 13 U 103/00	2002, 227	OLG Hamburg v. 15.2.2002 – 1 U 73/00	2002, 290
= VersR 02, 602		= OLG-Report 02, 290	
OLG Düsseldorf v. 28.9.1999		OLG Hamm v. 8.12.2000 – 5 Ws 253/00	2002, 280
– 24 U 214/98, rkr.	2002, 78	OLG Hamm v. 23.2.2001 – 20 U 125/00	2002, 81
nach Nichtannahmebeschl. d. BGH		= OLG-Report 02, 23	
v. 22.2.2001 – IX ZR 361/99		OLG Hamm v. 22.11.2001 – 28 U 16/01	2002, 90
= OLG-Report 01, 519		= BB 02, 370	
OLG Düsseldorf v. 30.1.2001		OLG Hamm v. 30.1.2002 – 25 U 11/00	2002, 166
– 4 U 138/00	2002, 229		
rkr. nach Nichtannahmebeschl. d. BGH		OLG Karlsruhe v. 31.10.2000 – 7 U 269/96	2002, 133
v. 28.11.2001 – IV ZR 68/01		= OLG-Report 01, 445	
= OLG-Report 02, 247		OLG Karlsruhe v. 20.4.2001 – 3A W 17/01	2002, 159
OLG Düsseldorf v. 15.3.2001		= OLG-Report 01, 445	
– 10 U 189/99	2002, 13	OLG Karlsruhe v. 26.7.2001 – 9 U 91/00	2002, 279
OLG Düsseldorf v. 6.7.2001		= OLG-Report 01, 392	
– 24 U 211/00	2002, 38, 304		
= OLG-Report 02, 102		OLG Koblenz v. 3.7.2001 – 3 U 941/00	2002, 30
OLG Düsseldorf v. 6.7.2001		= OLG-Report 01, 46	
– 24 U 214/00	2002, 121		
OLG Düsseldorf v. 10.7.2001		OLG Köln v. 23.5.2000 – 22 U 218/99	2002, 298
– 10 W 67/01	2002, 260	= OLG-Report 00, 381	
= DStR 02, XVIII		OLG Köln v. 29.1.2001 – 5 W 114/00	2002, 99
OLG Düsseldorf v. 7.9.2001		OLG Köln v. 17.7.2001 – 25 UF 73/00	2002, 171
– 23 U 34/01	2002, 139	OLG Köln v. 26.7.2001 – 7 U 31/01	2002, 297
OLG Düsseldorf v. 19.10.2001		OLG Köln v. 14.5.2002 – 9 U 185/98	2002, 193
– 23 U 29/01	2002, 31		

OLG München v. 9.11.2000 – 14 U 18/99	2002, 174	LG Köln v. 28.2.2002 – 24 O 249/01	2002, 147
OLG München v. 18.1.2001		LG Köln v. 13.6.2002 – 15 O 528/01	2002, 303
– 29 U 2962/00	2002, 53		
= DStR 01, 1183		LG Neuruppin v. 20.7.2001 – 4 S 50/01	2002, 151
OLG München v. 25.1.2001 – 1 U 4362/00	2002, 41	LG Oldenburg v. 13.4.2000 – 8 O 140/97	2002, 48
= OLG-Report 01, 321			
OLG München v. 20.12.2001		LG Stuttgart v. 21.5.2001 – 23 O 68/01	2002, 17
– 29 U 4592/01	2002, 260		
= DStR 02, XVIII			
OLG München v. 6.8.2002 – 5 U 5316/01	2002, 268		
		BFH v. 6.2.2001 – VII B 277/00	2002, 53
OLG Naumburg v. 30.11.1999		= wistra 01, 354	
– 1 U 87/99, rkr.	2002, 81	BFH v. 14.8.2001 – XI R 22/00	2002, 55
nach Nichtannahmebeschl. d. BGH		BFH v. 12.9.2001 – IX R 39/97 + 52/00	2002, 184
v. 4.12.2000 – II ZR 376/99		BFH v. 13.9.2001 – IV R 13/01	2002, 29
= OLG-Report 02, 30		BFH v. 27.9.2001 – V R 32/00	2002, 3
OLG Naumburg v. 23.7.2001 – 1 U 124/99	2002, 238	BFH v. 19.10.2001 – VI R 131/00	2002, 29
= OLG-Report 02, 153		BFH v. 6.11.2001 – IX R 97/00	2002, 56
		BFH v. 10.12.2001 – GrS 1/98	2002, 80
OLG Rostock v. 20.4.2000 – 1 U 175/98	2002, 44	BFH v. 12.12.2001 – XI R 56/00	2002, 55
– OLG-Report 01, 194		BFH v. 15.1.2002 – IX R 55/00	2002, 56
OLG Rostock v. 20.6.2001 – 2 U 58/00	2002, 208	BFH v. 23.1.2002 – XI R 10 + 11/01	2002, 132
= BRAK-Mitt 01, 239		BFH v. 24.1.2002 – XI R 2/01	2002, 106
		BFH v. 21.3.2002 – VII B 152/01	2002, 158
OLG Saarbrücken v. 5.4.2000		BFH v. 21.3.2002 – III R 42/00	2002, 159
– 1 U 951/99-233	2002, 186	BFH v. 26.3.2002 – VI B 1/02	2002, 132
= OLG-Report 00, 248		BFH v. 16.4.2002 – VIII R 58/01	2002, 211
OLG Saarbrücken v. 18.7.2001		BFH v. 23.4.2002 – IX R 52/99 + 101/00	2002, 210
– 1 U 795/00-175	2002, 264	BFH v. 15.5.2002 – VI R 132/00	2002, 185
= OLG-Report 01, 437		BFH v. 7.6.2002 – VI R 145/99	2002, 262
		BFH v. 13.6.2002 – VI R 168/00	2002, 264
OLG Stuttgart v. 15.6.2001 – 2 U 4/01	2002, 81	BFH v. 9.7.2002 – IX R 47/99 + 57/00	2002, 263
= OLG-Report 02, 14		BFH v. 16.7.2002 – IX R 28/98	2002, 262
OLG Stuttgart v. 1.8.2001 – 20 U 55/01	2002, 142	BFH v. 19.8.2002 – VIII R 17/02 + 51/01	2002, 290
OLG Zweibrücken v. 16.11.200		FG Düsseldorf, Urt. v. 11.4.2001	
– 4 U 286/99	2002, 145	– 18 K 7170/97 E	2002, 4
= OLG-Report 01, 261		= EFG 2001, 944	
		– Revision: BFH – IV R 37/01	
LG Berlin v. 20.12.2000 – 11 O 268/00	2002, 46		
LG Berlin v. 22.3.2001 – 33 O 490/00	2002, 256	FG Köln v. 15.4.2002 – 10 Ko 8040/98	2002, 283
LG Berlin v. 18.7.2001 – 22 O 181/01	2002, 75		
		LAG Köln v. 29.6.2001 – 11 Sa 143/01	2002, 133
LG Chemnitz v. 20.9.2000 – 4 Qs 8/00	2002, 282	= MDR 02, 221	
LG Chemnitz v. 2.7.2001 – 4 Qs 13/01	2002, 53		
= wistra 01, 399		Sächsisches LAG v. 23.1.2001	
		– 1 Sa 570/00	2002, 18
LG Cottbus v. 2.5.2001 – 1 S 42/01	2002, 4		
= Kammer-Report DStR 01,		AG Meinerzhagen v. 9.8.2000	
Beihefter zu Heft 36		– 4 C 196/00	2002, 24
LG Darmstadt v. 12.10.2001 – 17 O 60/01	2002, 100		
LG Flensburg v. 9.11.2001 – 4 O 370/00	2002, 125	AG Oberhausen v. 27.11.2001	
LG Hanau v. 17.11.2000 – 1 O 401/090	2002, 102	– 35 C 379/01	2002, 260
		= DStR 02, XIV	
LG Koblenz v. 29.6.2001 – 10 StL 1/01	2002, 4		
= Kammer-Report DStR 01,		Anwaltsgericht Berlin v. 30.7.1997	
Beihefter zu Heft 36		– 2 AnwG 17/96	2002, 129



Centrale für GmbH
Dr. Otto Schmidt

Gestalten Sie das Gesellschaftsleben so gut wie möglich.

Langenfeld,
GmbH-Vertragspraxis.
Gestaltung, Beratung,
Muster zur GmbH
und GmbH & Co. KG.
Von Notar Prof.
Dr. Gerrit Langenfeld.
4., neu bearbeitete und
erweiterte Auflage
2003. 375 Seiten
Lexikonformat,
gbd., inkl. CD
49,80 € [D]
**Sonderpreis für
Mitglieder der
Centrale für GmbH
44,80 € [D]**
ISBN 3-504-32607-7



www.centrale.de

In diesem Buch finden Sie auf Anhieb für jeden Sachverhalt im Leben der GmbH und GmbH & Co. KG die richtige Lösung und das passende Muster für die Umsetzung im konkreten Fall. Von der Gründung über den Rechtsformwandel bis zur Auflösung der Gesellschaft. Übersichtlich im Aufbau. Verständlich in der Sprache. Knapp in der Darstellung. Einfach und sicher in der mustergültigen Übertragung auf den Einzelfall. Mit diesem Buch gestalten Sie das Leben der Gesellschaft in jedem Fall so gut wie möglich.

Bestellen Sie bei Ihrer Buchhandlung oder beim Verlag Dr. Otto Schmidt
Postfach 51 10 26 · 50946 Köln

BESTELLSCHEIN Fax: 02 21 / 9 37 38 - 943

☒ Ich bestelle mit 14-tägigem Rückgaberecht Langenfeld **GmbH-Vertragspraxis** 4. Auflage, gbd., inkl. CD 49,80 € [D]
Für Centrale-Mitglieder nur 44,80 € [D]. ISBN 3-504-32607-7

Name

Straße

PLZ

Ort

Datum

Unterschrift

11/02

Fristenkontrolle: Mandatsübernahme und Rechtsmittel • Fehlende Unterschrift • Organisationsanweisung (BGH);
Fristenkontrolle: Empfangsbekanntnis • Fristnotierung • Organisations-/Einzelanweisung (BGH);
Honorar und Haftung des Steuerberaters: Pauschalvereinbarung • Gebührenrahmen • Kündigung des Steuerberatervertrages • Schaden, Säumniszuschläge • Korrekturkosten (OLG Düsseldorf);

Rechtsberatung: Unternehmensberater • Hilfe bei Fördermitteln (OLG Bremen);
Notarhaftung: Spekulationsgewinne • Belehrungspflichten? (OLG Koblenz);
und: Steuerliche Belehrung • Spekulationsfrist (OLG Koblenz);
Steuerberaterhaftung: Darlegungslast bei Schätzungsschaden • Kein Vorschuss, keine Arbeit • Steuerberaterkosten im Prozess (LG Berlin) und aktuelle Entscheidungen, die von besonderer Bedeutung sind



Die betriebliche Altersversorgung in Deutschland ist ein wesentlicher Bestandteil der sozialen Sicherung der Arbeitnehmer, da die gesetzliche Rentenversicherung, insbesondere für Besserverdienende, nur eine Grundversorgung bieten kann. Jedoch ist aus der einst freiwilligen Sozialleistung der Arbeitgeber ein Rechtsanspruch der Arbeitnehmer auf Entgeltumwandlung als betriebliche Altersversorgung geworden.

Um diesen Anspruch zu erfüllen und gleichzeitig für eine sinnvolle Ergänzung zur gesetzlichen Rentenversicherung und zum berufsständischen Versorgungswerk zu sorgen, stehen auch den Mitarbeitern in Steuer-

beraterpraxen und Anwaltskanzleien die Durchführungswege der betrieblichen Altersversorgung offen.

Welcher Durchführungswege für eine Praxis bzw. Kanzlei der geeignete ist, hängt dann insbesondere von der Höhe der beabsichtigten Versorgung, der Anzahl der Mitarbeiter und der wirtschaftlichen Situation der Praxis bzw. Kanzlei ab.

Gerling als eines der führenden deutschen Versicherungsunternehmen für betriebliche Altersversorgung bietet alle Durchführungswege an und unterstützt Sie bei der Einrichtung eines Betriebsrentensystems. Nutzen Sie unsere umfassende Beratung.

GI-HOTLINE

(02 21) 1 44-51 55

Bitte senden Sie Ihre Anfragen zu folgenden Themen an die oben stehende Fax-Nummer: Adressänderungen • Nachbestellung von einzelnen GI-Heften • Anforderung einzelner GI-Urteile (bitte Jahrgang und Seitenzahl angeben).

IMPRESSUM

GI Gerling Informationen für wirtschaftsprüfende, rechts- und steuerberatende Berufe
ISSN 1430-550 X

Herausgeber:

Gerling
Marketing Freie Berufe
50597 Köln
Telefax: (02 21) 1 44-51 55

Redaktion:

Dr. Jürgen Gräfe, Rechtsanwalt,
Fachanwalt für Steuerrecht
(verantwortlich für den Inhalt)

Erscheinungsweise:

12-mal im Jahr, jeweils am
10. des Monats

Verlag:

Verlag Dr. Otto Schmidt KG,
Unter den Ulmen 96-98, 50968 Köln

Layout und Satz:

Type Connection,
Lechenicher Str. 29, 50374 Erftstadt

Druck:

Westholsteinische Verlagsdruckerei
Boyens & Co.,
Wulf-Isebrand-Platz 1-3, 25746 Heide

Bezugsmöglichkeiten:

Nur im Jahresabonnement.
Preis: € 59,92 jährlich inklusive
Mehrwertsteuer und Versandkosten.
Die Postgebühren sind jeweils eingeschlossen. Bestellungen nimmt der Herausgeber entgegen.